71. Jahrgang, 1–2/2021, 4. Januar 2021

bpb:

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

150 Jahre Reichsgründung

Christian Bunnenberg
EINE MÖGLICHKEIT VON VIELEN

Siegfried Weichlein
EIN REICH FÜR ALLE?

Christoph Nonn
VON HELDEN, SCHURKEN UND SONDERWEGEN

Hedwig Richter
WARUM SICH EINE BESCHÄFTIGUNG MIT DER REICHSGRÜNDUNG HEUTE LOHNT

Ulrich Pfeil
VERSAILLES UND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KRIEG VON 1870/71

APuZ
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

150 Jahre Reichsgründung
APuZ 1–2/2021

CHRISTIAN BUNNENBERG
EINE MÖGLICHKEIT VON VIELEN
Die Reichsgründung von 1871 war nur eine Antwort auf die „Deutsche Frage“, die seit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Anfang des 19. Jahrhunderts im Raum stand. Es hätte auch anders kommen können, schließlich gab es konkrete Alternativen.
Seite 04–11

SIEGFRIED WEICHLEIN
EIN REICH FÜR ALLE?
Es hat sich durchgesetzt, von der Gründung des Deutschen Reiches als einem Ereignis zu sprechen, das ein Vorher und ein Nachher hatte. Tatsächlich steckte die innere Einigung voller Widersprüche, und sie vollzog sich allmählich, über einen längeren Zeitraum hinweg.
Seite 12–16

CHRISTOPH NONN
VON HELDEN, SCHURKEN UND SONDERWEGEN
Der Streit um die Deutung der Reichsgründung begann, bevor der neue Nationalstaat proklamiert worden war. Heute stehen Deutungen der Reichsgründung nebeneinander, die sich vor allem darin unterscheiden, wie das Verhältnis des Kaiserreichs zur Moderne beurteilt wird.
Seite 17–24

HEDWIG RICHTER
WARUM SICH EINE BESCHÄFTIGUNG MIT DER REICHSGRÜNDUNG HEUTE LOHNT
Das dunkle Bild von einem repressiven Obrigkeitsstaat wird der pluralen Gesellschaft des Deutschen Reiches nicht gerecht. Das Kaiserreich bot progressives Potenzial und war damit Teil des internationalen Aufbruchs, der Massenpolitisierung und der Demokratisierung.
Seite 25–29

ULRICH PFEIL
VERSAILLES UND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KRIEG VON 1870/71
Der Sieg über Frankreich nahm in den ersten Jahren nach der Reichsgründung einen zentralen Platz in der deutschen Erinnerungskultur ein. Das Schloss Versailles entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zum Kristallisationspunkt für die deutsch-französische „Erbfeindschaft“.
Seite 30–37

EDITORIAL

„Und nun ging in prunklosester Weise und außerordentlicher Kürze das große historische Ereignis vor sich, das die Errungenschaft des Krieges bedeutete: die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches“, so Anton von Werner in seinen Memoiren über den zeremoniellen Akt der deutschen Reichsgründung. Der junge Künstler war vom preußischen Kronprinzen beauftragt worden, die Ereignisse in einem Gemälde festzuhalten. Damit war von Werner einer der wenigen anwesenden Zivilisten, als am 18. Januar 1871 der preußische König Wilhelm I. im Schloss von Versailles zum deutschen Kaiser gekrönt wurde. Gewählte Volksvertreter waren ausgeschlossen – eingeladen waren Prinzen, aristokratische Militärs und Fürsten.

Die Inszenierung im Spiegelsaal verdeutlicht den Charakter einer Reichsgründung oder Revolution „von oben“. Gleichwohl war die nationale Einigung auch Hauptanliegen des liberalen Bürgertums und der Revolutionsbewegung von 1848 gewesen. Der Krieg gegen Frankreich von 1870 bis 1871 einte die deutschen Staaten vorerst. Nach Kriegsende war jedoch zunächst ungewiss, was die nationale Identität im Kaiserreich ausmachen würde – und welche exkludierenden Effekte die Antwort auf die Frage haben würde, was „deutsch“ ist.

Seit seiner Gründung wurde der erste deutsche Nationalstaat mit Militarismus, Großmachtansprüchen, kolonialen Ambitionen und wachsendem Antisemitismus in Verbindung gebracht – aber auch mit der Ausweitung des Wahlrechts, mit Erfolgen der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie dem Beginn der Moderne. Auch 150 Jahre später wird kontrovers darüber gestritten, wie das Kaiserreich und die damit verbundene gesellschaftliche Ordnung zu bewerten sind.

Lorenz Abu Ayyash

EINE MÖGLICHKEIT VON VIELEN

Die Reichsgründung und ihre Vorgeschichte

Christian Bunnenberg

Eigentlich hatte der 27-jährige Kunstmaler Anton von Werner in den ersten Tagen des Jahres 1871 keinen Grund, betrübt zu sein. Seit seinem Studium an der Kunstakademie in Karlsruhe galt er als aufstrebendes Talent. Mit dem badischen Großherzog Friedrich hatte der Nachwuchskünstler einen einflussreichen Förderer gewonnen, in der bürgerlichen Kunst- und Literaturszene galt Anton von Werner als gut vernetzt, und auch privat hatte er sein Glück gefunden. Für den Sommer 1871 war die Hochzeit mit seiner Verlobten geplant, dem anstehenden Umzug nach Berlin sahen beide mit Vorfreude entgegen. Auch das Wetter drückte nicht auf die Stimmung. Zwar war es in Karlsruhe Anfang Januar 1871 frostig kalt, doch Anton von Werner und seine Braut vergnügten sich häufig beim Schlittschuhlaufen auf zugefrorenen Wiesen.

Vielmehr sorgte der nicht enden wollende Krieg gegen Frankreich für schlechte Stimmung. Viele Deutsche hatten nach dem Sieg in der Schlacht von Sedan Anfang September 1870 mit einem schnellen Ende des Feldzuges gerechnet. Doch bisher waren alle Hoffnungen auf Frieden vergebens, denn die auf den politischen Trümmern des geschlagenen französischen Kaiserreiches gegründete Dritte Republik führte den Krieg unbeirrt und erbittert fort. Inzwischen belagerten deutsche Verbände schon seit Wochen Paris. Auch wenn niemand mehr wirklich an einer Niederlage Frankreichs zweifelte, der tatsächliche Ausgang des Krieges blieb weiterhin ungewiss. Und das zerrte an den Nerven. Anton von Werner hatte, ausgestattet mit einem großherzoglich badischen Empfehlungsschreiben, im November 1870 selbst einige Zeit im Hauptquartier der 3. Deutschen Armee vor Paris verbracht, dort den preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm kennengelernt und Eindrücke für ein Historiengemälde gesammelt, das „Moltke mit seinem Stabe vor Paris“ zeigen sollte.[01]

Am Vormittag des 15. Januar 1871 erhielt der Künstler ein Telegramm aus Versailles. Absender war der Hofmarschall des preußischen Kronprinzen: „Geschichtsmaler v. Werner, Karlsruhe. S. K. H. Der Kronprinz läßt Ihnen sagen, daß Sie hier Etwas Ihres Pinsels Würdiges erleben würden, wenn Sie vor dem 18. Januar hier eintreffen können. Eulenburg, Hofmarschall.“[02] Überrascht ließ Anton von Werner alles stehen und liegen und saß bereits am frühen Nachmittag im nächsten Zug nach Frankreich. Zwei Tage und Nächte dauerte die beschwerliche Bahnfahrt. Die letzten Kilometer legte der Kunstmaler mit der Postkutsche zurück, eingezwängt zwischen Mitreisenden und Paketen, auf dem Dach ein bayerischer Soldat als Schutz gegen Franktireurs.

In den frühen Morgenstunden des 18. Januar traf Anton von Werner gerade noch pünktlich im Hauptquartier ein, im festen Glauben, er solle einem Sturm auf Paris beiwohnen. Der Hofmarschall klärte ihn schließlich auf: Es sei eine Festlichkeit geplant, der Maler solle einen Frack anziehen und sich um 11 Uhr im Schloss zu Versailles einfinden. Dort nahm Anton von Werner schließlich an dem Ereignis teil, das als „Kaiserproklamation“ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Und obwohl er später schrieb, dass die Veranstaltung in „prunklosester Weise und außerordentlicher Kürze“ vor sich ging, bezeichnete er die Angelegenheit dennoch als *das* „große historische Ereignis“, als *die* „Errungenschaft des Krieges“.[03]

Diesen Eindruck sollten auch seine drei großen Historiengemälde vermitteln, die jeweils den Augenblick darstellen wollten, in dem die Anwesenden den preußischen König Wilhelm I. als deutschen Kaiser hatten hochleben lassen. Bis heute prägend für das Bild von der Kaiserproklamation ist die „Friedrichsruher Fassung“ (1885), ein Geschenk Wilhelms I. an Bismarck anlässlich dessen 70. Geburtstags, die im Gegensatz zur „Schlossfassung“ (1877) und „Zeughausfassung“ (1882) den Zweiten Weltkrieg überstand und gegenwärtig in der Dauerausstellung der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh unweit von Hamburg präsentiert wird.[04] Dabei ist das Gemäl-

de, das als eine der zentralen Bildikonen der deutschen Geschichte bezeichnet werden kann, aber mitnichten ein Abbild der Ereignisse in Versailles, sondern vielmehr eine künstlerische Repräsentation des symbolischen Gründungsaktes.[05]

Diese Reichsgründung „von oben", von zeitgenössischen Historikern zu einem Werk „großer Männer" hochstilisiert, lässt sich aber nicht, wie in der Historiografie und den Historiengemälden angelegt, ausschließlich auf das Wollen und Handeln einiger weniger Akteure – Wilhelm I., Otto von Bismarck, Helmuth von Moltke, Albrecht von Roon – zurückführen. Sie war „keine historische Notwendigkeit", „sie war nicht alternativlos".[06] Vielmehr war die Reichsgründung von 1871 nur *eine* Lösung für die sogenannte „Deutsche Frage", die seit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Anfang des 19. Jahrhunderts im Raum stand: die Frage nach der Gründung und Ausgestaltung eines geeinten deutschen Staatswesens.

GENESE DER DEUTSCHEN FRAGE

Die Vorgeschichte der Reichsgründung von 1871 ist lange Zeit einseitig erzählt worden. Der Historiker Eckart Conze wies unlängst darauf hin, dass „Generationen von – deutschen – Historikern (…) Generationen von Deutschen ein Geschichtsbild vermittelt [haben], das die deutsche Geschichte der ersten siebzig Jahre des 19. Jahrhunderts auf die nationale Einigung unter preußischer Führung hinauslaufen ließ; ein Geschichtsbild, das in der Nationalstaatsbildung den historischen Fortschritt schlechthin und im Nationalstaat, in einer nationalstaatlichen Ordnung die Normalform politischer Existenz erkannte".[07] Diese Erzählung gründete in der als notwendig erachteten Legitimation des Deutschen Reiches und wurde später in dieser Tradition fortgeschrieben.

Doch wie lässt sich die Geschichte der Reichsgründung, des vermeintlich langen Weges nach Versailles, erzählen, ohne dem kritisierten Geschichtsbild aufzusitzen? Abhilfe kann ein Perspektivwechsel schaffen, mit dem der 18. Januar 1871 nicht mehr als Endpunkt einer zwangläufig auf ihn zulaufenden Entwicklung beschrieben wird, sondern als *eine* Möglichkeit von vielen, die letztlich zur Gründung des Deutschen Reiches führte – denn konkrete Alternativen hatte es durchaus gegeben.[08]

Die Vorgeschichte der Reichsgründung setzt gemeinhin bei der Französischen Revolution von 1789 ein, in der viele aufklärerische Ideen – von der Volkssouveränität über die Gewaltenteilung bis zur Formulierung von Menschen- und Bürgerrechten – verwirklicht wurden und die auf Zeitgenoss*innen ebenso Faszination ausübten, wie die jakobinischen Auswüchse abschreckten. In den Napoleonischen Kriegen zeigte sich bald das große Mobilisierungspotenzial der Ideen von Nation und Nationalstaatlichkeit. Mit der *Levée en masse*, der Aushebung von Massenheeren, zog nun nicht mehr der Untertan, sondern der *citoyen soldat* in den Krieg, und in seinem Gepäck hatte er die revolutionären Ideen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".[09]

Als die napoleonischen Armeen durch Europa zunächst von Sieg zu Sieg eilten, bildete sich 1806 unter französischem Einfluss der Rheinbund aus den deutschen Mittelstaaten, die zugleich ihren Austritt aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation erklärten. Angesichts dieser politischen Entwicklung und auf Druck Napoleons legte der habsburgische Kaiser Franz II. nur wenige Tage später die deutsche Kaiserkrone nieder. Nach fast 900 Jahren zerfiel das Römisch-Deutsche Reich.

Während in den durch Säkularisierung und Mediatisierung vergrößerten süddeutschen Staaten Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt und

01 Anton von Werner, Moltke mit seinem Stabe vor Paris, 1873, Öl auf Leinweind, 190 × 316 cm, Kunsthalle Kiel.
02 Ders., Erlebnisse und Eindrücke 1870–1890, Berlin 1913, S. 31.
03 Vgl. ders. (Anm. 1), S. 33.
04 Ders., Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches („Friedrichsruher Fassung"), 1885, Öl auf Leinwand, 167 × 202 cm, Bismarck-Museum Friedrichsruh.
05 Vgl. Charlotte Bühl-Gramer, Anton von Werner: Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreichs 1871, in: Susanne Popp/Michael Wolbring (Hrsg.), Der Europäische Bildersaal. Europa und seine Bilder. Analyse und Interpretation zentraler Bildquellen, Schwalbach/Ts. 2014, S. 86–97; Thomas W. Gaethgens, Anton von Werner: Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches. Ein Historienbild im Wandel preußischer Politik, Frankfurt/M. 1990.
06 Eckart Conze, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020, S. 23.
07 Ebd., S. 23f.
08 Vgl. das Gedankenexperiment von Dieter Langewiesche, Die Glorreiche Deutsche Revolution von 1848/49, in: Christoph Nonn/Tobias Winnerling (Hrsg.), Eine andere deutsche Geschichte 1517–2017. Was wäre wenn …, Paderborn 2017, S. 120–139.
09 Tobias Arand, 1870/71. Die Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges erzählt in Einzelschicksalen, Hamburg 2018, S. 36.

Bayern nun an Frankreich und den französischen Modellstaaten im Rheinbund orientierte Prozesse staatlicher Modernisierung angestoßen wurden, musste Preußen von Napoleon erst militärisch geschlagen werden, bevor man sich auch dort genötigt sah, Reformen anzugehen: Ab 1807 wurde zur Vermeidung eines Umsturzes von unten eine Revolution von oben vorangetrieben – mit zahlreichen Reformen in vielen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen, in der Verwaltung, der Bildung und dem Militär.

FAULER KOMPROMISS …

Die politischen Maßnahmen brachten viele Deutsche, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, in Berührung mit Ideen von nationaler Einheit und Freiheit, was letztlich zu einer antinapoleonischen Mobilisierung in den Befreiungskriegen ab 1813 beitrug. Nach dem Sieg über Napoleon hegten die Anhänger der jungen deutschen Nationalbewegung große Erwartungen an die territoriale und politische Neuordnung; eine Massenbewegung war sie indes aber nicht.[10]

Mit den Forderungen nach einem einheitlichen Deutschland verbanden sich auch liberale und demokratische Hoffnungen auf bürgerliche Mitbestimmung – dies war aber nicht im Sinne der verhandelnden Mächte, die nach den Napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress eine neue Ordnung für Europa entwarfen. Diese sahen in den revolutionären Ereignissen in Frankreich vielmehr das ausschlaggebende Moment für fast ein Vierteljahrhundert Krieg und setzten auf die Wiederherstellung vorrevolutionärer Zustände und eine strenge Überwachung aufrührerischer Tendenzen zur Vermeidung erneuter Umstürze.

Bei den Verhandlungen über die politische Zukunft eines Deutschlands galt es dabei mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Eine Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches stand nicht zur Debatte, da die noch bestehenden 41 deutschen Staaten und freien Städte auf ihrer Souveränität beharrten. Vielmehr bemühten sich die Abgesandten um eine ausgleichende und friedenswahrende Lösung in den Grenzen des Alten Reiches, die sowohl Sicherheit nach innen wie außen gewährleisten und revolutionäre oder expansive Bestrebungen unterdrücken und ausschließen sollte.

10 Vgl. Michael Epkenhans, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/1871, Stuttgart 2020, S. 14.

Dies war vor allem angesichts des preußisch-österreichischen Dualismus ein zentraler Punkt. War Österreich im Alten Reich die stärkste Macht, entwickelte sich Preußen seit dem 18. Jahrhundert zu einem ernstzunehmenden Rivalen mit Großmachtsambitionen. Daher unterstützte Preußen zunächst auch die Idee eines deutschen Bundesstaates unter gemeinsamer Führung mit Österreich. Dieses Anliegen fand bei den deutschen Mittelstaaten, dem sogenannten Dritten Deutschland, jedoch keine Anhänger, versuchten diese doch ihre Unabhängigkeit von den beiden Großmächten zu wahren. Für Österreich als Vielvölkerstaat war ein deutscher Bundesstaat ebenfalls keine erstrebenswerte Lösung, da es eine Debatte um die Rolle und den letztlichen Verbleib seiner nichtdeutschen Gebiete zu vermeiden suchte. Und auch die europäischen Großmächte zeigten kein Interesse an einem potenten deutschen Nationalstaat, der eine Gefahr für das empfindliche Mächtegleichgewicht dargestellt hätte.

… ODER ERFOLGSMODELL?

Am Ende der Verhandlungen gründete sich mit dem Deutschen Bund ein lockerer Staatenbund, dem die deutschen Staaten und freien Städte als souveräne Mitglieder angehörten. Ein als Bundesversammlung bezeichneter ständiger Gesandtenkongress unter der Präsidialmacht Österreich wies zwar bundesstaatliche Merkmale auf, war in seinen Möglichkeiten und Kompetenzen aber stark eingeschränkt. Das gesamte Konstrukt war daher eine deutliche Absage an die liberalen und nationalen Hoffnungen auf einen einheitlichen Nationalstaat.

Auf Demonstrationen für eine nationale Einheit wie dem Wartburgfest 1817 und das politisch motivierte Attentat des Studenten Karl Ludwig Sand auf den Schriftsteller August von Kotzebue im März 1819 wurde mit den polizeistaatlichen Maßnahmen der Karlsbader Beschlüsse reagiert. Die Fürsten suchten mit Zensur, Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, Verbot von Burschenschaften und Überwachung der Universitäten alle nationalen, liberalen oder demokratischen Tendenzen sowie Proteste gegen die reaktionäre Politik und Kleinstaaterei des Deutschen Bundes einzugrenzen, um damit revolutionäre Bestrebungen im Keim zu ersticken. Während Literaten wie Georg Büchner und Heinrich Heine oder Journalisten wie Karl Marx ins Exil gingen, sollte die Flucht weiter Teile des Bürger-

tums ins idyllisch verklärte Private in der Retrospektive mit dem kulturhistorischen Begriff der Biedermeierzeit beschrieben werden.

Erst mit der französischen Julirevolution erhielten nationale und liberale Bewegungen 1830 in ganz Europa wieder Auftrieb. Im Deutschen Bund gab es in einigen Mitgliedstaaten gewalttätige Unruhen und Forderungen nach liberalen Reformen. Im Mai 1832 versammelten sich 20 000 bis 30 000 Menschen am Hambacher Schloss, wo angesichts des polnischen Freiheitskampfes und der bürgerlichen Revolution in Belgien ein europäischer Völkerfrühling beschworen wurde und auch für die deutschen Länder der Ruf nach Einigung und Freiheit erscholl – wenngleich die völkerverbindenden Parolen bei gleichzeitiger Betonung des Nationalismus mit seinen Abgrenzungstendenzen von einer gewissen Janusköpfigkeit zeugten.[11]

Trotz staatlicher Repressionen läutete das offen zur Schau gestellte liberale, nationale und demokratische Aufbegehren den Übergang von der sogenannten Restaurationszeit in den Vormärz ein. Französische Forderungen nach einer Rheingrenze sorgten während der Rheinkrise von 1840 für eine national erregte Stimmung in den west- und süddeutschen Ländern, die sich auch in den zeitgleich entstandenen Liedern „Wacht am Rhein" oder „Das Lied der Deutschen" äußerte. In diesem Zuge entdeckten auch einzelne deutsche Staaten den Nationalismus als politisches Mittel zum Zweck, was sich in der Folgezeit vor allem auf den preußisch-österreichischen Dualismus auswirken sollte.

ABGELEHNTE KAISERKRONE

Nachdem im Februar 1848 erneut eine Revolution Frankreich erschütterte, erfasste die revolutionäre Stimmung rasch ganz Europa. Auch im Deutschen Bund mehrten sich Forderungen nach Volksbewaffnung, Presse- und Versammlungsfreiheit. Nach nur halbherzigen Zugeständnissen des preußischen Königs kam es im März 1848 in Berlin zu Barrikadenkämpfen. Friedrich Wilhelm IV. kündigte einlenkend an, dass Preußen in Deutschland aufgehen werde, und hisste (wenn auch widerwillig) die schwarz-rot-goldene Fahne der Revolution. Auf Aufstände in den deutschen Ländern folgten schließlich Wahlen zu einer Nationalversammlung. Im Mai 1848 traten in Frankfurt am Main die gewählten Abgeordneten erstmals zusammen, um die Verfassung für einen geeinten deutschen Nationalstaat zu erarbeiten. Die Debatte um die großdeutsche oder kleindeutsche Verfasstheit des Staatsgebietes entschied sich letzten Endes an der Frage der ungeklärten nationalen Zugehörigkeiten. Österreich war nicht bereit, seine nichtdeutschen Gebiete zugunsten einer großdeutschen Lösung in den Grenzen des Deutschen Bundes aufzugeben. Auch der Vorschlag eines Doppelbundes – zugleich deutscher Bundesstaat ohne Österreich und Staatenbund mit Österreich – fand keine Zustimmung, sodass es letztlich auf eine kleindeutsche Lösung ohne Beteiligung Österreichs hinauslief.[12] Im März 1849, die revolutionäre Stimmung war bereits abgeflaut und die monarchisch-konservativen Kräfte wieder erstarkt, beschloss die Nationalversammlung, dem preußischen König die Kaiserwürde anzutragen. Mit einer Ablehnung ihres Anliegens brüskierte Friedrich Wilhelm IV. die entsandten Abgeordneten; nur von „seinesgleichen" und nicht aus den Händen des Volkes wollte er die deutsche Kaiserkrone annehmen.

Die Absage des preußischen Königs galt vornehmlich einer Nationalstaatsgründung von unten, jedoch nicht einer kleindeutschen Lösung der Deutschen Frage. Im Gegenteil: Zeitgleich zur blutigen Niederschlagung der letzten Aufstände gab es im Sommer 1849 den preußischen Vorstoß, eine Nationalstaatsgründung von oben mit einer konservativen Version der Reichsverfassung voranzutreiben – hatten doch mehrere deutsche Mittelstaaten dem ursprünglichen Verfassungstext und damit der Idee eines von Preußen dominierten deutschen Nationalstaates bereits zugestimmt. Als Gegenentwurf zur von Preußen initiierten Erfurter Union warb Österreich für ein Großösterreich. Einer drohenden militärischen Auseinandersetzung mit Österreich in der Herbstkrise 1850 konnte sich Preußen nur durch die Zustimmung der Wiederherstellung des Deutschen Bundes entziehen – eine als schmachvoll wahrgenommene politische Niederlage.[13]

11 Vgl. Conze (Anm. 6), S. 9. Siehe hierzu auch den Beitrag von Hedwig Richter in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

12 Michael Epkenhans, Die Reichsgründung 1870/71, München 2020, S. 15.

13 Vgl. Maik Ohnezeit, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte, Ursachen und Kriegsausbruch, in: Jan Ganschow/Olaf Haselhorst/Maik Ohnezeit (Hrsg.), Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, Graz 2009, S. 19.

Damit misslangen alle Versuche zur Gründung eines deutschen Nationalstaates sowohl von unten als auch von oben gleichermaßen, und weder Preußen noch Österreich hatten aus den revolutionären Wirren einen wirklichen politischen Vorteil ziehen können.

BISMARCKS POLITIK DES „BORUSSIA FIRST"

Auch wenn die Revolution von 1848/49 als gescheitert galt, ließ sich die Idee eines geeinten Deutschlands nicht mehr von der politischen Agenda tilgen. Zunächst wurden in der nun einsetzenden Reaktionsära im Deutschen Bund viele Errungenschaften der Revolution rückgängig gemacht, was Preußen und Österreich wieder zusammenarbeiten ließ, zahlreiche aktive Liberale und Demokraten aus Sorge vor politischer Verfolgung aber zur Auswanderung bewegte. Auf europäischer Ebene bekam die auf dem Wiener Kongress beschlossene politische Ordnung mit dem Krim-Krieg Mitte der 1850er Jahre erhebliche Risse. Russland und Österreich entzweiten sich, und Frankreich stieg zur Hegemonialmacht auf, beides brachte das Mächtegleichgewicht erheblich in Schieflage.

Als der preußische Prinz Wilhelm 1858 die Regentschaft von seinem schwer erkrankten Bruder Friedrich Wilhelm IV. übernahm und politische Reformen sowie die Unterstützung des Einheitsgedankens ankündigte, galt das vielen Zeitgenoss*innen nach einem Jahrzehnt der Lähmung als Beginn einer Neuen Ära – „die große Mehrheit der Bevölkerung versprach sich von dem Regierungswechsel sowohl mehr innere Freiheit als auch eine Lösung der ‚nationalen Frage'".[14] Diese politische Aufbruchsstimmung fand 1859, flankiert durch die Erfolge der italienischen Unabhängigkeitsbewegung, ihren Niederschlag in Vereinsgründungen und den mit nationalem Pathos aufgeladenen Feiern zum 100. Geburtstag des „Freiheitsdichters" Friedrich Schiller. Dem ebenfalls neu gegründeten Deutschen Nationalverein gehörten bald mehrere tausend Mitglieder an, die für die Idee eines liberalen kleindeutschen Staates unter der Führung Preußens eintraten.

In Preußen geriet Wilhelm I. nach seiner Krönung 1861 über Fragen einer Heeresreform in einen innenpolitischen Verfassungskonflikt mit dem liberalen preußischen Abgeordnetenhaus. Der vom König 1862 neu berufene Ministerpräsident Otto von Bismarck sollte diese Krise im Sinne der Krone lösen. Bismarck war als preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt bereits vehement für die preußische Sache eingetreten und stand für eine Politik des „Borussia First". Innenpolitisch setzte er die Heeresreform ohne gebilligten Haushalt und damit gegen das Parlament durch und arbeitete außenpolitisch zugleich an einer Stärkung Preußens im Deutschen Bund. Zur Schwächung der Position Österreichs machte er sich dabei auch die deutsche Nationalbewegung zu eigen, ordnete deren Ziele aber stets preußischen Interessen unter. So konterte Preußen einen österreichischen Reformvorschlag 1863 mit der Forderung nach einem deutschen Nationalparlament, verfolgte damit aber weniger liberale Ziele, sondern die Vermeidung eigener Machteinbußen im Deutschen Bund.

PREUßENS KRIEGE MIT UND GEGEN ÖSTERREICH

Als die dänische Regierung im November 1863 durch eine neue Verfassung das Herzogtum Schleswig stärker an das Königreich binden wollte, fachte das den 1852 mit dem Londoner Protokoll beigelegten Konflikt um die komplizierte Frage der nationalen Zugehörigkeit der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Sachsen-Lauenburg erneut an. National motivierten Rufen nach einem „up ewig ungedeelten" Schleswig-Holstein erteilte Bismarck allerdings zunächst eine Absage, ein deutscher Nationalkrieg gegen Dänemark lag nicht in preußischem Interesse, da es Chancen zur Erweiterung seines Einflusses im norddeutschen Raum sah. Durch diese Haltung konnte allerdings Österreich – das wiederum kein Interesse an einer intensiven Diskussion der nationalen Frage hatte – auf die Seite Preußens gezogen werden. Gemeinsam gingen sie unter Ausschluss der deutschen Mittelstaaten und beobachtenden Zurückhaltung der europäischen Mächte militärisch gegen Dänemark vor und schlugen die dänische Armee vernichtend in der Belagerung bei den Düppeler Schanzen.

Dänemark musste die Herzogtümer an Österreich und Preußen abtreten, die über Fragen der gemeinsamen Verwaltung wieder in ihre Rivalität zurückfielen. Die Situation spitzte sich zu, als die preußische Regierung den deutschen Staaten Anfang Juni 1866 einen Bundesreformplan für einen

14 Epkenhans (Anm. 12), S. 22.

kleindeutschen Bundesstaat mit einem Nationalparlament unter Ausschluss Österreichs vorlegte und gleichzeitig das österreichisch verwaltete Holstein besetzte. Österreich erwirkte eine Bundesexekution gegen Preußen, das daraufhin den Deutschen Bund für aufgelöst erklärte. Die Niederlage Österreichs und seiner mittel- und süddeutschen Verbündeten im nun folgenden Deutschen Krieg besiegelte das Ende des Deutschen Bundes. Aus dem ehemaligen Staatenbund gingen Preußen gestärkt, Österreich geschwächt und die süddeutschen Staaten, nur noch wirtschaftlich durch den 1834 gegründeten Zollverein mit dem Norden verbunden, ohne den Schutz eines Staatenbundes hervor.

Bereits während des Feldzuges hatte Preußen mit nord- und mitteldeutschen Staaten ein Bündnis geschlossen, das die Gründung eines kleindeutschen Bundesstaates nördlich des Mains vorsah und 1867 mit dem Norddeutschen Bund umgesetzt wurde. Mit den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und etwas später auch Hessen handelte Preußen während der Friedensgespräche Schutz- und Trutzbündnisse aus, die gegenseitigen militärischen Beistand im Kriegsfalle vorsahen.

NATIONALKRIEG GEGEN FRANKREICH

Im Juli 1870 eskalierte ein diplomatischer Streit um die spanische Thronfolge zwischen Frankreich und Preußen. Beide Staaten riskierten sowohl aus innen- wie außenpolitischen Erwägungen bewusst einen Krieg. Auf die Kriegserklärung Frankreichs folgten beidseitig des Rheins die Mobilmachungen. Obwohl zunächst zögerlich abwartend, schlossen sich die süddeutschen Armeen dem preußischen Aufmarsch an. In mehreren blutigen Grenzschlachten unterlagen die französischen Soldaten den deutschen Truppen. Bei dem elsässischen Städtchen Woerth siegten am 6. August 1870 preußische und süddeutsche Verbände unter der Führung des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm – in der Deutung der Zeit wurde hier der „Blutkitt" der folgenden nationalen Einigung angerührt. Der Krieg gegen das kaiserliche Frankreich und die französische Republik, die nach der Schlacht von Sedan und der Gefangennahme Napoleon III. den Kampf weiterführte, galt in der deutschen Wahrnehmung als Nationalkrieg.

Noch während der Belagerung von Paris begannen Verhandlungen über die Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund. Im November 1870 einigten sich zunächst das beitrittswillige Baden und Hessen, dann das auf Sonderkonditionen pochende Bayern und schließlich auch das zögerliche Württemberg mit dem Norddeutschen Bund auf die Gründung eines Deutschen Bundes mit Wirkung zum 1. Januar 1871.

Gemeinsam mit dem Bundesrat des Norddeutschen Bundes beschlossen die vier süddeutschen Beitrittskandidaten die Bezeichnung „Deutsches Reich" und boten dem preußischen König mit dem von Bismarck aufgesetzten Kaiserbrief die Krone des Deutschen Kaisers an.[15] Der norddeutsche Reichstag stimmte den getroffenen Vereinbarungen ebenfalls zu und entsandte Anfang Dezember 1870 eine Kaiserdeputation aus Abgeordneten nach Versailles, um dort Wilhelm I. die Kaiserwürde anzutragen. Dieser wusste um die Symbolik des Zusammentreffens, die auch im Zusammenhang mit der Abweisung der Paulskirchenabgeordneten durch seinen Bruder 1849 gesehen werden musste. Diesmal gelang eine beiderseitig gesichtswahrende Begegnung, wenngleich auch die Kaiserdeputation von 1870 letztlich eine Zurückweisung ihres Anliegens erfuhr.[16]

FESTAKT IN VERSAILLES

Mit der am 31. Dezember 1870 im Bundesgesetzblatt abgedruckten und am Folgetag in Kraft getretenen Verfassung des Deutschen Bundes, der sogenannten Novemberverfassung, wurde die von Bismarck angestoßene Reichsgründung von oben zwar verfassungsrechtlich Wirklichkeit, es fehlte aber noch eine Proklamation als symbolischer Akt. Der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm drängte Ende 1870 darauf, „Kaiser und Reich" in einer Zeremonie am Neujahrstag 1871 verkünden zu lassen.

Doch die Umstände konnten nicht ungünstiger sein. Die Belagerung von Paris dauerte an, und die im deutschen Hauptquartier in Versailles versammelten preußischen Entscheidungsträger

15 Vgl. Michael Kotulla, Entstehung der Reichsverfassung, in: Wolfgang Mährle (Hrsg.), Nation im Siegesrausch. Württemberg und die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71, Stuttgart 2020, S. 151–163, hier S. 156.

16 Vgl. Epkenhans (Anm. 12), S. 12.

waren sich uneins. Wilhelm I. wollte zunächst die noch ausstehende bayerische Zustimmung zum Verfassungstext abwarten, Bismarck war erkrankt und konnte vom Kronprinzen nur mit viel Überredungskunst für den 18. Januar als möglichen Termin erwärmt werden – an diesem Tag war 1701 Friedrich I. zum König in Preußen gekrönt worden.[17] „Wir beschließen also das Jahr 1870 mit der unwürdigen Tatsache," so vertraute Friedrich Wilhelm seinem Tagebuch am Silvesterabend an, „unser Volk zu belügen, indem wir zwar die Verfassung geben, aber aus Rücksicht auf Bayern sie nicht ausführen, indem wir wohl einen Kaiser, dem Wortlaut eines Paragraphen entsprechend, erhalten, diesen selbst aber verschweigen."[18]

Auch unmittelbar vor der letztlich dann doch für den 18. Januar geplanten Zeremonie der Kaiserproklamation blieb der vom Kronprinzen beklagte Mangel an Entschlussfähigkeit bestehen. Erst am 15. Januar, an diesem Tag erhielt Anton von Werner das Telegramm aus Versailles, erklärte sich Wilhelm I. bereit, teilzunehmen und sich zum Kaiser proklamieren zu lassen. Mit seiner Forderung, dabei aber als „Kaiser von Deutschland" statt als „Deutscher Kaiser" ausgerufen werden zu wollen, verband sich die Sorge, die süddeutschen Fürsten zu brüskieren, von denen die Könige aus Bayern und Württemberg ohnehin ihre Haltung durch Abwesenheit ausdrückten. Selbst ein hitziges Gespräch zwischen Wilhelm I., dem Kronprinzen und Bismarck am Vortag der geplanten Zeremonie brachte keine Lösung – zu sehr sorgte sich der König um die politische Zukunft Preußens. Erst am Morgen des 18. Januar konnte der Großherzog von Baden, nachdem Bismarck ihm eindringlich den Sachverhalt dargelegt hatte, den preußischen König in einem Vieraugengespräch von einer Teilnahme überzeugen.[19]

Ungeachtet dieser Querelen gingen der Proklamation Tage der Vorbereitung voraus. Angesichts der militärischen Lage fand die Zeremonie in Frankreich statt. Der Spiegelsaal im Schloss von Versailles, tags zuvor noch Lazarett, wurde für die Veranstaltung hergerichtet. Als Anton von Werner schließlich die große Spiegelgalerie betrat, drängten sich bereits mehrere hundert „Fürsten, Generale, Offiziere und Unteroffiziere, Diplomaten und Angehörige des Hofes" im Saal.[20] Hinzu kamen weitere Künstler wie der Kriegszeichner Fritz Schulz, der Hoffotograf Heinrich Schnaebeli oder der Journalist William Howard Russell (*Abbildung*).

Nicht geladen, aber Zutritt verschafften sich neben wenigen „Herren in Zivilkleidern" auch eine Handvoll junger Diakonissinnen, die als Krankenpflegerinnen im Schloss die Verwundeten versorgten – sehr wahrscheinlich die einzigen anwesenden Frauen.[21] Auch Anton von Werner wurde während der Veranstaltung bedrängt, was er als „Zivilist hier zu suchen" habe.[22] Von der eigentlichen Zeremonie bekam der Künstler allerdings kaum etwas mit, da er eifrig mit dem Anfertigen von Skizzen beschäftigt war. Einer „mehr politisch-vaterländisch als religiöse[n] Predigt" des Hofpredigers Bernhard Rogge, in der die Kaiserproklamation als Erfüllung einer seit den Befreiungskriegen anhaltenden Sehnsucht nach der Wiederherstellung des Deutschen Reiches gedeutet wurde, folgte der von allen Anwesenden mitgesungene Choral „Nun danket alle Gott", bevor Wilhelm I., die Fürsten sowie Regimentsfahnen tragende Soldaten eine mehrstufige Empore bestiegen und sich für den weltlichen Schlussakt der Zeremonie aufstellten.[23]

Wilhelm I. wandte sich von der Menge im Saal ab und den neben ihm versammelten Fürsten zu und erklärte, dass er die ihm angetragene Kaiserwürde anzunehmen gedenke. Im Anschluss verlas Bismarck die Proklamation „An das Deutsche Volk!", mit der Wilhelm I. bekundete, „es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland" zu betrachten, den „Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und Städte folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen".[24] Einen Moment der Stille abwartend, riss der badische Großherzog den Arm empor und setzte zur Erleichterung Bismarcks und des Kronprinzen zu einem dreifachen Hoch auf „Kaiser Wilhelm" an.

17 Vgl. Arand (Anm. 9), S. 535f.

18 Heinrich Otto Meisner (Hrsg.), Kaiser Friedrich III. Das Kriegstagebuch von 1870/71, Berlin–Leipzig 1926, S. 300.

19 Vgl. Arand (Anm. 9), S. 559–566.

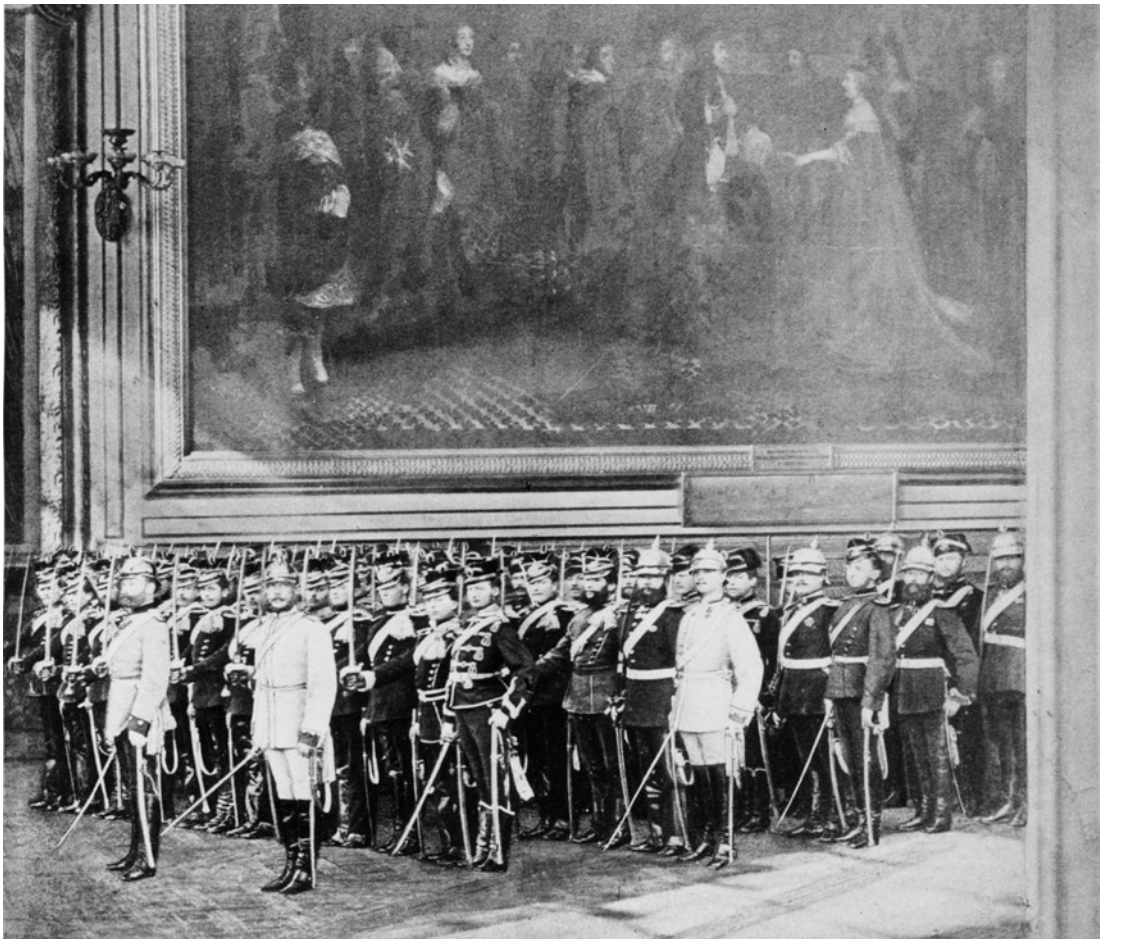
20 Vgl. Epkenhans (Anm. 12), S. 8.

21 Was eine Neuendettelsauer Diakonisse von der Kaiserproklamation in Versailles gesehen hat, in: Der Armen- und Krankenfreund. Eine Zeitschrift für die Diakonie der evangelischen Kirche, Januar 1911, S. 17–20.

22 Vgl. Werner (Anm. 2), S. 33.

23 Vgl. Arand (Anm. 9), S. 563f.

24 Ernst Deuerlein, Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 in Augenzeugenberichten, Gerlingen 2011, S. 299.



Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 – Ehrenabordnung der deutschen Regimenter im Spiegelsaal
© bpk/H. Schnaebeli

Welche Formulierung dabei genau gewählt wurde, war bereits unter den teilnehmenden Zeitgenossen umstritten, der befürchtete Eklat blieb allerdings aus.[25] „Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch! Hoch! Hoch!“[26] Unter andauernden Jubelrufen und einer musikalischen Untermalung durch „Heil Dir im Siegerkranz“ umarmte Wilhelm I. seinen Sohn, stieg, ohne Bismarck eines Blickes zu würdigen, vom Podest und nahm die Glückwünsche der Menge entgegen. Nach einer knappen Stunde endete der Festakt.

Damit war das Reich nun auch symbolisch begründet, wobei die Inszenierung und die gewählten Formulierungen noch einmal bewusst den Charakter einer Reichsgründung von oben unterstrichen.[27] In den Augen vieler Zeitgenoss*innen war damit ein Schlusspunkt unter die Deutsche Frage gesetzt. Ob das Deutsche Reich die beste aller möglichen Lösungen darstellte, sei dahingestellt. Der politische Preis für die Einigung war hoch und sollte in der Zukunft noch bezahlt werden müssen.

25 Vgl. Werner (Anm. 2), S. 34.
26 Ebd.
27 Vgl. Epkenhans (Anm. 12), S. 9.

CHRISTIAN BUNNENBERG
ist Juniorprofessor für Didaktik der Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und betreut dort den Masterstudiengang Public History. In seinem Twitterprojekt „Kriegsgezwitscher“ wird die Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges unter dem Account @Krieg7071 150 Jahre zeitversetzt nacherzählt.
christian.bunnenberg@ruhr-uni-bochum.de

EIN REICH FÜR ALLE?

Wie das Deutsche Reich innerlich zusammenwuchs

Siegfried Weichlein

„Wir haben Italien gemacht. Jetzt müssen wir die Italiener schaffen", soll der italienische Politiker Massimo d'Azeglio nach der Staatsgründung 1861 gesagt haben.[01] Wenn es auch eine Ex-post-Zuschreibung war, so charakterisierte es doch gut die Situation. Eine Reihe von kleineren Fürstentümern war im neuen Königreich Italien aufgegangen.

Ähnlich lagen die Dinge in Deutschland: Hier zerfiel 1866 der Deutsche Bund. Auch das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen-Kassel, das Herzogtum Nassau und die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main fanden sich nun in Preußen wieder. „Deutsche" aber waren sie dadurch noch nicht. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 kamen die Elsässer und Lothringer zu Deutschland. Diese Erfahrung hatten die Dänen, die in Schleswig wohnten, bereits 1864 gemacht. Die alte Ordnung des Wiener Kongresses von 1815 löste sich auf. Würde eine neue Ordnung entstehen? Würde der äußeren eine innere Reichseinigung folgen? Und würde die deutsche Bevölkerung dem neuen Staat gegenüber loyal sein?

Probleme, die bei der Staatsgründung nicht gelöst wurden, konnten langfristige Folgen haben. Das hatte sich in den Vereinigten Staaten gezeigt. Dort war die Sklavenfrage in der Verfassung von 1787 ausgeklammert worden; sie kehrte im Bürgerkrieg zwischen 1861 und 1865 mit Gewalt zurück. In Italien rächte sich, dass der Piemontese Camillo Benso von Cavour sein einiges Italien 1861 über die Köpfe der Bewohner des Südens hinweg gezimmert hatte, anstatt sich ihrer Loyalität zu versichern. Eine dringend nötige Landreform unterblieb, verarmte Bauern und ehemalige Soldaten bekämpften daraufhin als Briganten in den Wäldern die Grundbesitzer und die neue Obrigkeit aus dem Norden. Der Süden wurde faktisch vom Norden besetzt.

Schon Zeitgenossen wiesen auf die Gemeinsamkeiten der Nationalstaatsgründungen in Italien und Deutschland hin. In beiden Fällen handelte es sich um eine Vereinigung vorher getrennter Staaten. Bismarck wurde mit Cavour, Preußen mit dem Königreich Sardinien-Piemont verglichen. Beide Staaten entstanden nach einem militärischen Sieg. Die politischen Ordnungen unterschieden sich jedoch: Während das Deutsche Reich ein monarchischer Bundesstaat war, wurde Italien zu einem aus der Hauptstadt straff geführten Zentralstaat.[02]

Es hat sich heute durchgesetzt, von der deutschen Reichsgründung als einem Ereignis zu sprechen, das ein Vorher und ein Nachher kannte: Zuerst gab es kein Kaiserreich, 1871 existierte es. Prozessbegriffe wie „Einigung" beschreiben dagegen den Vorgang nicht nur für Deutschland, sondern auch für Italien besser. Tatsächlich steckte die innere Einigung voller Widersprüche, und sie vollzog sich allmählich, über einen längeren Zeitraum hinweg, von 1867 bis etwa 1890, wenn nicht darüber hinaus. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch für alle Deutschen trat zum Beispiel erst am 1. Januar 1900 in Kraft. 1871 wurden lediglich die Weichen gestellt, die zur inneren Gründung des Reiches führen sollten.

GRUNDKONFLIKTE DER REICHSEINIGUNG

Mehrere Grundkonflikte waren zwischen 1867 und 1871 sichtbar geworden, die den Prozess der inneren Einigung prägten. Was war das Reich überhaupt, ein Bund der Fürsten oder eine auf Verfassung und Parlament gestützte Ordnung? Wie würde sich das große Preußen mit seinem Militarismus gegenüber dem Rest des Reiches verhalten? Konnte aus der Gemeinsamkeit im Krieg gegen einen äußeren Feind ein friedliches Miteinander entstehen? Die innere Einheit des Reiches gründete nicht auf Gleichheit, sondern allein auf der Loyalität der Bevölkerung, gerade auch der Unterlegenen von 1866 und der beigetretenen Süddeutschen. Nationale Einheit bedeu-

tete also nicht Homogenität, sondern beruhte auf dem Entschluss, zusammenzubleiben und Konflikte untereinander zu regeln.

Alle Sieger des Reichseinigungskrieges gegen Frankreich erhielten ihre symbolische Anerkennung: In Bayern feierte man die Schlacht bei Weißenburg, in Sachsen die bei Gravelotte als eigenen Triumph und Beitrag zur Gründung. Diese Erfolge fanden ebenso Eingang in Schulbücher und Gedenkkalender wie der Sieg bei Sedan durch preußische Truppen.[03] So wurde die Erzählung gestärkt, dass die Bundesstaaten und ihre Armeen, letztlich also die Fürsten, das Reich gegründet hatten. Entstanden war es nach dieser Lesart durch Verträge zwischen souveränen Staaten – wenn auch unter tatkräftiger Mithilfe Bismarcks, der beim Kaiserbrief die Feder führte und auch sonst mit Drohungen, Lockungen oder, wenn nichts mehr half, mit Geld den Vorgang beschleunigte, wie beim chronisch klammen Ludwig II. aus Bayern.

Im Landtag in München stellte sich allerdings die Patriotenpartei, die über die Mehrheit der Sitze verfügte, zuerst gegen eine von Preußen angeführte Reichseinigung. Unter den Abgeordneten entbrannte eine Diskussion: Würde Bayern seine Selbstständigkeit retten, indem es nicht beitrat – oder sicherte nur ein Beitritt sein Fortbestehen? Der bayerische Außenminister Otto Graf von Bray-Steinburg hatte schon am 30. März 1870 bekannt: „Wir wollen Deutsche, aber auch Bayern sein."[04] Selbst bei jenen bayerischen Abgeordneten, die eingefleischte Preußenfeinde waren, regten sich langsam Zweifel am Separatismus. Die bayerische Patriotenpartei spaltete sich über diese Frage. Eine Gruppe um den Augsburger Verleger Max Huttler befürchtete, dass die linksrheinische Pfalz und auch Franken den Bayern verloren gehen und der Staat der Wittelsbacher zerbrechen könnte, wenn man nicht beitrat. Schon deswegen war eine Vereinigung richtig, lautete nun die Logik vieler Patrioten. Am 21. Januar 1871 erreichten die Vertreter dieser Richtung ganz knapp die nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament.[05]

Das Argument der bayerischen Patrioten galt auch für andere Landesfürsten: Wollten sie ihre Stellung wahren, mussten sie einen monarchischen deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung akzeptieren. Auch in den übrigen süddeutschen Staaten setzte sich diese Überzeugung durch: Die Selbstständigkeit ließ sich nicht mehr gegen den Norddeutschen Bund, sondern nur im Deutschen Reich sichern – durch Mitarbeit im Bundesrat und durch Parteien, welche die eigenen Interessen vertraten.

War es bei der Wiedervereinigung 1990 so viel anders? Auch den fünf ostdeutschen Ländern, die wie im Fall Sachsens zum Teil sehr viel älter waren als die westdeutschen, ging es darum, ihre Selbstständigkeit in einer föderalen Bundesrepublik zu wahren. Ähnliches wiederholte sich auf europäischer Ebene: Für viele Polen oder Ungarn zum Beispiel garantierte in den politischen und ökonomischen Stürmen nach 1990 nur der Beitritt zur Europäischen Union die Fortexistenz des eigenen Landes.[06]

STAATSPOLITISCHE MODERNISIERUNG

Staatspolitisch führte die Einigung von 1870/71 zu einer Modernisierung: Die norddeutsche Verfassung wurde umgebaut, den süddeutschen Staaten mehr Mitsprache gewährt. Das Kaiserreich war insgesamt föderaler als der Norddeutsche Bund, weil der Bundesrat das politische Entscheidungszentrum bildete und Preußen hier keine Mehrheit besaß. Eine Koalition der süddeutschen Staaten konnte jederzeit ihr Veto gegen Verfassungsänderungen einlegen. Das entschärfte die Spannungen zwischen dem politischen Machtzentrum Berlin und den neu hinzugekommenen Staaten. Im neuen monarchischen Bundesstaat musste Preußen verhandeln und andere Regierungen überzeugen.

01 Franz J. Bauer, Nation und Moderne im geeinten Italien (1861–1915), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1/1995, S. 16–31.

02 Vgl. Daniel Ziblatt, Structuring the State: The Formation of Italy and Germany and the Puzzle of Federalism, Princeton 2006; Lucy Riall, Risorgimento: The History of Italy from Napoleon to Nation State, New York 2009; Francesco Traniello/Gianni Sofri (Hrsg.), Der lange Weg zur Nation: Das italienische Risorgimento, Stuttgart 2012.

03 Vgl. Hans-Michael Körner, Staat und Geschichte in Bayern im 19. Jahrhundert, München 1992; Siegfried Weichlein, Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich, Düsseldorf 2006^2.

04 Michael Doeberl, Bayern und die Bismarckische Reichsgründung, München–Berlin 1925, S. 88.

05 Vgl. Dirk Götschmann, Der Funktionswandel des Föderalismus im Kaiserreich am Beispiel Bayerns, in: Gerold Ambrosius/Christian Henrich-Franke/Cornelius Neutsch (Hrsg.), Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive, Bd. 6: Integrieren durch Regieren, Baden-Baden 2018, S. 243–260.

06 Vgl. Alan Steele Milward, The European Rescue of the Nation-State, London 1992.

Dieses Prinzip, das 1871 festgeschrieben wurde, spurte sogar noch das ausgedehnte föderale Verhandlungssystem der Bundesrepublik nach 1949 vor.[07] Zwischen 1867 und 1871 entstand eine zentrale föderale Institution, die von erstaunlicher Dauer sein sollte: der Bundesrat, in dem die Stimmen bis heute nach Bevölkerungszahl gewichtet werden und der die Vertretung der Länderexekutiven ist, nicht der Landtage. Anders als der Reichs- und heute der Bundestag mit seinen Legislaturperioden war und ist der Bundesrat ein kontinuierliches Gremium.

Der Staatsrechtler Paul Laband beschrieb das Reich als Bundesstaat, bei dem die Souveränität beim Gesamtstaat lag, und grenzte es so vom Deutschen Bund als einem Staatenbund mit souveränen Einzelstaaten ab.[08] Juristen diskutierten mit einer gewissen Obsession ebendiese Souveränität: Sie erörterten die „Kompetenzen setzende Kompetenzkompetenz“ oder die „Bundestreue“, die stets als Treue der Einzelstaaten gegenüber dem Reich verstanden wurde, nie umgekehrt.

Wenn von „innerer Einheit“ die Rede war, meinte dies meist, dass andere deutsche Staaten nachahmten, was Preußen vormachte. Der stärkste Staat im Bund wirkte durch seine schiere Größe und die Erfahrung seiner Verwaltung unitarisierend.[09] Der Föderalismus schloss den Unitarismus also gerade nicht aus, sondern schien ihn voranzutreiben. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war es die preußische Verwaltung, die Gesetzentwürfe für den Reichstag ausarbeitete, nicht der Bundesrat. Der württembergische Minister Hermann von Mittnacht meinte 1872 im Reichstag, „dass die Rechtsanschauungen und die Rechtsbildung eines Staates [Preußen] doch vorzugsweise bestimmt sind, nationales Recht zu werden“.[10] Wenn Preußen und Bayern übereinstimmten, war dies eine vorweggenommene Entscheidung. Preußens Einfluss reichte bis in die Organisation von Universitäten und Schulen, klassischen Domänen der Länder.

Dennoch bestand ein Dualismus zwischen Preußen und dem Reich: Gerade die Anhänger eines spezifischen preußischen Staatsbewusstseins blieben skeptisch bis ablehnend gegenüber Bismarcks Politik.[11] Ihr Horrorszenario war, dass Preußen einmal in Deutschland aufgehen könnte. „Der Bismarck ruiniert noch den ganzen preußischen Staat“, war unter Beamten zu hören.[12] Am schärfsten kritisierten ostelbische Rittergutsbesitzer den Reichskanzler, denn dieser bedrohte mit der preußischen Kreisreform 1872 deren lokale Vormachtstellung, um sie gefügig zu machen. Die Zollgesetzgebung schuf von 1879 an die Basis für eine neue Zusammenarbeit zwischen der Reichsführung und den Konservativen in Industrie und Landwirtschaft. Sie wurde gern als Koalition von „Roggen und Eisen“ oder „Rittergut und Hochofen“ bezeichnet. Nach 1871 wuchsen die deutschen Staaten tatsächlich zusammen. Man war nicht mehr entweder Bayer oder Deutscher, sondern man war Deutscher, weil man Bayer war (und man war Bayer, weil man Nürnberger war). Heimat war nichts Exklusives mehr, sondern jeder Deutsche besaß seine Heimat und seinen Bundesstaat.[13]

INTEGRATION DURCH DEMOKRATIE

Die zweite Erzählung der Einheit kreiste um Volk, Reichstag und Verfassung. Das Reich beruhte demnach auf der Souveränität des deutschen Volkes. Entsprechend bot der Reichstag, vertreten durch seinen Präsidenten Eduard Simson, Wilhelm I. die Kaiserkrone an. Simson hatte dies bereits 1849 bei Wilhelms Bruder Friedrich Wilhelm IV. versucht, ohne Erfolg. Diesmal nahm der König zwar an, jedoch nur, weil ihm auch die deutschen Fürsten die Krone angetragen hatten. Als offiziellen Reichsgründungsakt

07 Vgl. Gerhard Lehmbruch, Der Entwicklungspfad des deutschen Bundesstaats – Weichenstellungen und Krisen, in: Gerold Ambrosius/Christian Henrich-Franke (Hrsg.), Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive, Bd. 2: Föderale Systeme: Kaiserreich – Donaumonarchie – Europäische Union, Baden-Baden 2015, S. 327–370.

08 Vgl. Christoph Schönberger, Das Parlament im Anstaltsstaat. Zur Theorie parlamentarischer Repräsentation in der Staatsrechtslehre des Kaiserreichs (1871–1918), Frankfurt/M. 1997.

09 So schon Arnold Brecht, Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preussens, Bonn 1949.

10 Gerhard Lehmbruch, Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1998, S. 63.

11 Vgl. Hans-Peter Goldberg, Bismarck und seine Gegner: Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf 1998.

12 Klaus Erich Pollmann, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund: 1867–1870, Düsseldorf 1985, S. 433 ff.

13 Vgl. Wolfgang Hardtwig, Nation – Region – Stadt. Strukturmerkmale des deutschen Nationalismus und lokale Denkmalskulturen, in: Gunther Mai (Hrsg.), Das Kyffhäuser-Denkmal 1896–1996. Ein nationales Monument im europäischen Kontext, Köln 1997, S. 54–84.

feierten die Deutschen jährlich die Proklamation durch die Fürsten und Könige am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles – darum hatten die Sozialdemokraten allen Grund für bissige Kritik: Das Kaiserreich sei ein Fürstenstaat, kein Volksstaat. Und dennoch, auch wenn sie in den Dezember- und Januartagen 1870/71 in der zweiten Reihe hatten stehen müssen, entfalteten Reichstag, Parteien und Wahlen eine integrative Kraft.[14]

Der Reichstag vereinheitlichte Münzen, Maße und Gewichte, führte ein neues Handelsgesetzbuch ein und begann die Arbeit am Bürgerlichen Gesetzbuch. Jeder Deutsche konnte sich im Reich niederlassen, wo er wollte, Zuzugsbeschränkungen wurden aufgehoben. Für Unterstützung bei Krankheit und Verarmung war der Wohnort zuständig, nicht wie früher der Heimatort. Die Reichsjustizgesetze von 1877, insbesondere das Gerichtsverfassungsgesetz, garantierten Rechtsgleichheit für alle Deutschen, ein kaum zu überschätzendes Moment der Egalisierung.[15] In dieselbe Richtung wirkten die Anfänge der Sozialgesetzgebung: die Krankenversicherung 1883, die Unfallversicherung 1884, die Alters- und Invaliditätsversicherung 1889 und die Rentenversicherung 1891.

Das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht war ebenfalls integrativ: Süddeutsche Gegner Preußens gingen ebenso zur Wahl wie bayerische Patrioten und großdeutsche Demokraten aus Württemberg. Ihre Vertreter setzten sich dann im Reichstag für ihre Belange ein. Auf der Hand liegt der Vergleich mit 1990, als die Nachfolgepartei der SED, die PDS, bei den gesamtdeutschen Bundestagswahlen antrat und in den Bundestag einzog. Die KPD hatte das 1919 nicht getan und damit signalisiert, dass sie ihren Widerspruch gegen die Weimarer Republik nicht im Reichstag, sondern gegen ihn erheben würde.

Im jungen Kaiserreich formierte sich ein mehr oder weniger einheitliches Parteiensystem, das die reichsweiten politisch-sozialen Spannungen im Parlament abbildete. Die Integrationswirkung des Reichstags ist ablesbar an der hohen Wahlbeteiligung, besonders in den neu zu Preußen gekommenen Gebieten, in Sachsen und in Süddeutschland: In Bayern etwa lag sie 1871 mit 60 Prozent deutlich über dem Reichsdurchschnitt von knapp 53 Prozent. Überall stieg die Wahlbeteiligung, was auch den ausgeprägten Konflikten im Reich geschuldet war. Der Kulturkampf gegen die katholische Kirche nach 1872 schuf Gemeinsamkeiten zwischen dem Passauer und dem ermländischen, dem Aachener und dem schlesischen Katholiken: Sie alle wehrten sich, indem sie die katholische Zentrumspartei wählten. 1874 erreichte diese fast 28 Prozent aller Stimmen, neun Prozentpunkte mehr als 1871. Sie errang 91 Mandate und wurde erneut zweitstärkste Fraktion nach den Nationalliberalen. Ähnlich wirkten sich die Sozialistengesetze von 1878 bis 1890 auf die Sozialdemokraten aus: 1912 bekamen sie fast 35 Prozent der Stimmen und bildeten mit 110 Abgeordneten die bei Weitem stärkste Fraktion im Reichstag.[16]

Die Parteien aggregierten ähnlich gelagerte Interessen aus den verschiedenen Teilen des Reiches zu einem einheitlichen Programm. Das traf auf Liberalismus, Konservativismus, politischen Katholizismus wie auch den Sozialismus zu. Auch die nationalen Minderheiten – 2,5 Millionen Polen, 200 000 Dänen sowie 1,5 Millionen Elsässer und Lothringer – waren im Parlament vertreten. Der Reichstag wurde zur Arena innerdeutscher Konflikte, die nicht mehr auf der regionalen Ebene verblieben, sondern auf nationaler Ebene ausgehandelt werden konnten.

Die wachsende Bedeutung der Presse flankierte diesen Prozess: Die meisten Blätter rechneten sich jeweils einer politischen Richtung zu; die Weltanschauungsparteien versorgten ihre Anhänger mit eigenen Nachrichten, die deren Ansichten untermauerten. Die wachsende nationale Partizipation ging jedoch mit wachsender Ausgrenzung und Aggression einher. Bismarcks Bündnis mit den Konservativen durch die Schutzzollgesetze von 1879 leitete einen konservativen Umbau des Nationalstaates ein: Den Gegnern der Ideen von 1848 gelang es, die Deutungshoheit über alles Nationale zu gewinnen. Fast vergessen schienen die Ideale der Paulskirche. Es ist kein Zufall,

14 Vgl. Andreas Biefang, Die andere Seite der Macht: Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck" 1871–1890, Düsseldorf 2009.

15 Vgl. Michael Stolleis, „Innere Reichsgründung" durch Rechtsvereinheitlichung 1866–1880, in: Christian Starck (Hrsg.), Rechtsvereinheitlichung durch Gesetze. Bedingungen, Ziele, Methoden, Göttingen 1992, S. 15–41.

16 Vgl. Helmut Dubiel, Integration durch Konflikt, in: Soziale Integration 39/1999, S. 132–143. Das Argument geht schon zurück auf Georg Simmel, Der Streit (1908), in: ders./Otthein Rammstedt (Hrsg.), Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt/M. 1992, S. 284–382.

dass ebenfalls 1879 Heinrich von Treitschke seine Hasstiraden gegen Juden abließ und sie als polnische Hosenverkäufer und grundsätzlich undeutsch diffamierte. Der Antisemitismus stieg zur politischen Kraft auf; immer mehr Deutsche sprachen ihren jüdischen Nachbarn ab, Deutsche zu sein.

AMBIVALENTE EINHEIT

Die deutsche Nation wirkte als „Wertegemeinschaft" und „Machtmaschine" zugleich, wie der Historiker Dieter Langewiesche es formulierte: Machtmaschine war das Reich durch die Kraftentfaltung seiner Wirtschaft, mehr noch durch das Militär zu Lande, später durch die Flotte auch zu Wasser.[17] Aus Kriegen war das Kaiserreich geboren, und der Krieg blieb ihm eingeschrieben. Die Befehlsgewalt über das Militär lag beim Kaiser, nicht beim Reichstag. Des Kaisers Regierung kontrollierte den Heeresetat und ließ sich auch vom Bewilligungsrecht des Reichstags nicht zügeln. Im Gegenteil: Wurde seine militärische Kontrollgewalt auch nur entfernt infrage gestellt, suchte der Oberbefehlshaber den Konflikt mit dem Parlament.

Als der Reichstag 1887 Bismarcks Pläne für einen siebenjährigen Wehretat ablehnte, löste der Kanzler ihn auf und schrieb Neuwahlen aus. „Parlamentsheer" oder „kaiserliches Heer" lauteten nun die Wahlparolen von Sozialdemokraten und Linksliberalen auf der einen Seite sowie Konservativen und Nationalen, bekannt als Kartellparteien, auf der anderen. Das „kaiserliche Heer" errang einen deutlichen Sieg. Und an den Rockschößen des Bismarck-Kartells zog der erste offene Antisemit in den Reichstag ein, der „hessische Bauernkönig" Otto Böckel. Die aggressive Machtentfaltung der kaiserlichen Obrigkeit traf im Inneren die Sozialdemokraten und alle Linken, auch die Katholiken, doch vor allem die Juden.

Eine Machtmaschine war das Reich aber auch nach außen. Der anfangs gebremste, dann sehr offene Wunsch nach Kolonien und einer Flotte mündete in eine imperiale Außenpolitik. Bezeichnenderweise war die neue Flotte die einzige Waffengattung, die dem Reich unterstand, nicht den Ländern. Als 1913 ein neues Staatsbürgerschaftsrecht erlassen werden sollte, entbrannte ein Streit darum, ob die Ausbreitung des Deutschtums oder die Ableistung der Wehrpflicht im Reich der leitende Gesichtspunkt dafür sein sollte, wer deutscher Staatsbürger war. Das Auswärtige Amt und das preußische Kriegsministerium hielten Distanz zur ethnischen Definition eines Deutschen, was Deutschtum zu einem unverlierbaren Merkmal machte. Sie koppelten die Volksgemeinschaft an den staatlich abzuleistenden Wehrdienst, die Wehrgemeinschaft. Bei der Flotte folgte man dagegen dem Grundsatz: einmal Deutscher, immer Deutscher.[18] Die Haltung des Militärs in dieser Frage zeigte die ganze Ambivalenz von deutscher Einheit und deutscher Machtmaschine.

Dieser Text ist eine um Literaturverweise erweiterte, leicht veränderte Fassung desselben Beitrags in: ZEIT Geschichte 4/2020. Alle Rechte verbleiben beim ZEIT Verlag.

17 Vgl. Dieter Langewiesche, Was heißt „Erfindung der Nation"? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: Historische Zeitschrift 277/2003, S. 593–617.
18 Vgl. Dieter Gosewinkel, Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2001, S. 310–327.

SIEGFRIED WEICHLEIN
ist Professor für Zeitgeschichte an der Université de Fribourg, Schweiz.
siegfried.weichlein@unifr.ch

VON HELDEN, SCHURKEN UND SONDERWEGEN

Interpretationen der Reichsgründung und des Kaiserreichs seit 1870/71

Christoph Nonn

Der Streit um die Deutung der Reichsgründung begann schon, bevor der neue deutsche Nationalstaat überhaupt proklamiert worden war. Im Dezember 1870 sandte das Parlament des Norddeutschen Bundes eine Abordnung nach Versailles, ins Hauptquartier der preußischen und verbündeten Truppen, die seit Monaten Paris belagerten. Offiziell war der Zweck dieser Aktion, den preußischen König aufzufordern, „durch die Annahme der deutschen Kaiserkrone das deutsche Einigungswerk zu weihen". Tatsächlich ging es darum, die Rolle der Volksvertretung in diesem „Einigungswerk" symbolisch aufzuwerten. Der Kaiserkrone sollte, wie es einer der Initiatoren des Unternehmens, der nationalliberale Abgeordnete Eduard Lasker, intern formulierte, „der populäre Ursprung aufgedrückt" werden.[01]

Am 16. Dezember erreichten die 27 Parlamentarier das Hauptquartier. Doch dort ließ man sie erst einmal warten. Am Hof des Preußenkönigs Wilhelm herrschte die Furcht, „der Reichstag wolle den Fürsten die Kaiserfrage aus den Händen winden". Wilhelm hatte bereits erregt erklärt, „er wolle sich die Krone nicht vom Parlament anbieten lassen, sonst komme es auf den Fall von 1849 zurück, und das dürfe nicht sein".[02] Die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 wurde auch dadurch heraufbeschworen, dass die Abgeordneten mit Eduard Simson von demselben Parlamentarier angeführt wurden, der damals im Namen der deutschen Nationalversammlung Wilhelms Bruder und Vorgänger die Kaiserkrone offeriert hatte.

Der König weigerte sich deshalb kategorisch, die parlamentarische Abordnung zu empfangen, ehe nicht die Zustimmung sämtlicher Fürsten zur Kaiserproklamation gegeben wurde. Erst nachdem diese eingetroffen war, fand Wilhelm sich dazu bereit, der Abordnung eine Audienz zu gewähren. Die verlief dann durchaus harmonisch, auch wenn man sich am Hof darüber mokierte, dass die Parlamentarier „in den primitivsten Wagen" vorfuhren. Allen Versuchen allerdings, den Volksvertretern einen Anteil an der Reichsgründung zuzubilligen, schob Wilhelm entschieden einen Riegel vor. Er nehme zwar, erklärte er in seiner Antwort auf die Ansprache des Führers der Parlamentsdeputation, den „Wunsch der deutschen Nation und ihrer Vertreter" wohlwollend und dankend zur Kenntnis. Die Grundlage für die Kaiserproklamation könne er aber „nur in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten" sehen.[03]

Bei der Proklamation Wilhelms zum Kaiser am 18. Januar 1871 waren die Parlamentarier denn auch nicht anwesend. Nach ihrer Audienz hatten die Volksvertreter unverrichteter Dinge wieder aus Versailles abreisen müssen. Keiner von ihnen wurde in den Spiegelsaal des Schlosses, wo die Zeremonie stattfand, eingeladen. Dort blieben Fürsten und aristokratische Militärs weitgehend unter sich. Symbolsprache und Ablauf des Festakts am 18. Januar sollten in jeder Hinsicht signalisieren, dass hier eine Kaisererhebung aus ausschließlich fürstlicher Machtvollkommenheit vorgenommen wurde. Die dabei gehaltenen Reden vermieden peinlich genau jedes Wort, das diese Aussage hätte infrage stellen können. Das „Volk" wurde allein als Adressat der Proklamation erwähnt, die Bismarck reichlich teilnahmslos und „mit hölzerner Stimme" verlas. Präsent war es allenfalls in Uniform, als einige von der Militärführung ausgesuchte Ordensträger unter den Mannschaften der verschiedenen Truppenteile. Der vom preußischen Kronprinzen eingeladene Künstler Anton von Werner wirkte als einer von ganz wenigen Zivilisten wie ein Fremdkörper.[04]

Sechs Jahre später wurde im Berliner Schloss ein monumentales Gemälde von Werners enthüllt

(*Abbildung 1*). Diese „Schlossfassung" der Kaiserproklamation war das erste aus einer ganzen Reihe von Bildern, in der der Künstler das Ereignis des 18. Januar 1871 dargestellt hat. Am Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört, zeigte es im Stil des fotografischen Realismus den Moment, in dem der badische Großherzog den preußischen König Wilhelm zum Kaiser ausrief. Anders als in der erhaltenen, späteren „Friedrichsruher Fassung" (*Abbildung 2*), die heute als ikonische Darstellung der Reichsgründung schlechthin gilt, befanden die Fürsten sich in der „Schlossfassung" allerdings im Hintergrund des Bildes, und Bismarck stand hier nicht im Zentrum. Tatsächlich wurde in der ersten Fassung des Gemäldes der Blick auf keinen der mehr als hundert porträtierten Teilnehmer an der Kaiserproklamation gelenkt, die irgendwelche „historische" Bedeutung beanspruchen können.

Wenn es eine Person gab, die in dem Bild die Augen des Betrachters auf sich zog, war es am ehesten die Figur eines frei stehenden Soldaten der preußischen Garde in auffällig weißer Uniform am Fuß der Stufen zur Fürstenempore. Außer ihm waren noch vier andere Personen auf dem Bild dargestellt, die weder Fürsten noch hohe Offiziere sind. Links unten standen zwei weitere preußische Gardesoldaten in ebenfalls auffällig weißen Uniformen auf zwei Treppenstufen, die zum eigentlichen Boden des Saals hinaufführen – und die es im Spiegelsaal des Versailler Schlosses in Wahrheit gar nicht gibt. Rechts unten bildeten zwei Soldaten in bayerischen Uniformen das Gegenstück dazu. Diese einfachen Soldaten teilten die Sicht der Betrachter des Gemäldes, die geradezu zwischen ihnen stehen.

Der Künstler Anton von Werner integrierte damit technisch ebenso geschickt wie diplomatisch raffiniert das weitgehend von der Zeremonie am 18. Januar 1871 ausgeschlossene „Volk" als Soldaten und Betrachter. Gleichzeitig erfüllte er aber auch die Erwartungen der fürstlichen Stifter des Bildes und der in Versailles anwesenden Aristokraten und hohen Offiziere. Im wahrsten Sinne des Wortes malte von Werner mit der ersten Fassung seiner „Kaiserproklamation" von 1877 das Bild einer „Reichseinigung". Bayern wie Preußen, Vertreter des „Volks" wie der Eliten jubelten darin einmütig dem Kaiser begeistert zu. Diese Darstellung entsprach zunächst den Idealen der liberalen Nationalbewegung. Ihr stand von Werner ebenso nahe wie seine Patrone und Auftraggeber, der Großherzog von Baden und der preußische Kronprinz. Für große Teile der alten aristokratischen Führungsschichten war sie durchaus akzeptabel. In der „liberalen Ära" der 1870er Jahre bildete diese integrale Geschichtskonstruktion den Hintergrund für die Politik, mit der die äußerliche Einigung der Nation im Innern fortgesetzt wurde.[05]

MYTHISIERUNG BISMARCKS ZUM „REICHSGRÜNDER"

Mit dem Ausklang der „liberalen Ära" Ende der 1870er Jahre bekam das Narrativ von der Reichsgründung als Gemeinschaftswerk der Nation allerdings schon wieder Risse. Von vornherein hatte es in Konkurrenz zu Deutungen gestanden, die stattdessen die Rolle von Einzelpersonen betonten. Anton von Werners „Friedrichsruher Fassung" der Kaiserproklamation von 1885, die Bismarck als Blickfang in den Mittelpunkt rückte, reflektierte solche konkurrierenden Interpretationen.

Bismarcks Mythisierung zum „Reichsgründer" war jedoch kein Selbstläufer. Generalstabschef Helmuth von Moltke und Kaiser Wilhelm I. galten 1871 zunächst mindestens ebenso sehr als „Väter des Vaterlandes" wie der Reichskanzler. Besonders Moltke war wegen seines Anteils am militärischen Erfolg der „Reichseinigungskriege" von 1864, 1866 und 1870/71 zunächst ausgesprochen populär. Wenn Bismarck ihn in der Folgezeit ausstach, mochte das zum Teil mit der ausgeprägten Neigung des Kanzlers zur Selbstinszenierung zusammenhängen. Dem „großen Schweiger" Moltke fehlte im neugegründeten Deutschen Reich, das jahrzehntelang keine Kriege führte,

01 Andreas Biefang, Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck", Düsseldorf 2009, S. 7 ff.

02 Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher, Bd. 2, hrsg. von der Badischen Historischen Kommission, Berlin 1927, S. 240.

03 Ebd., S. 258 ff. Vgl. Biefang (Anm. 1), S. 9.

04 Anton von Werner, Erlebnisse und Eindrücke 1870–1890, Berlin 1913, S. 32 f. Vgl. Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020, S. 19–54.

05 Zur liberalen Sicht der Reichsgründung vgl. besonders Frank Becker, Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913, München 2001.

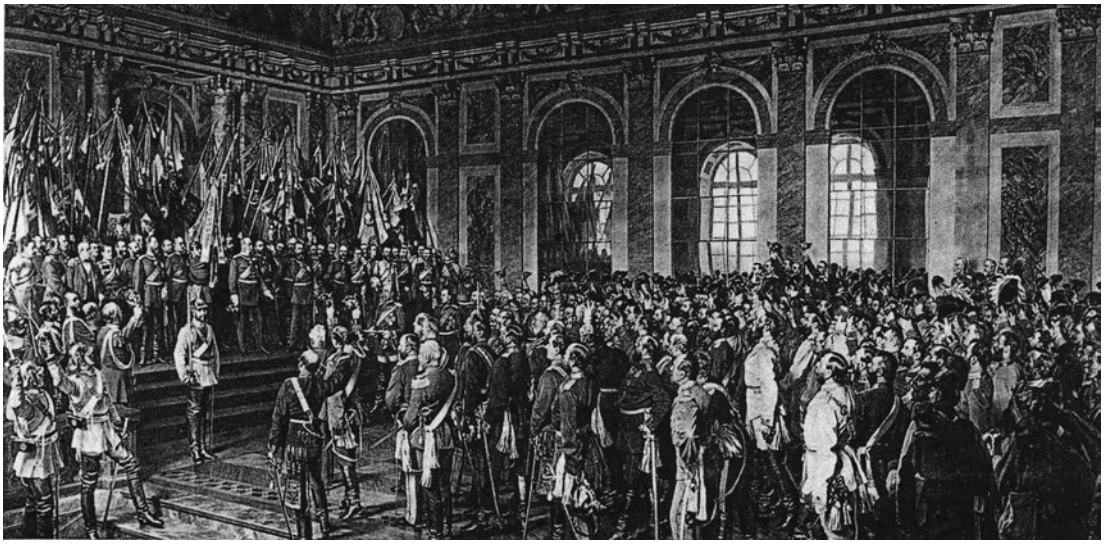


Abbildung 1: Anton von Werner, Die Proklamierung des Deutschen Reiches, digitale Reproduktion einer Originalvorlage aus dem 19. Jahrhundert
© picture alliance/Bildagentur-online/Celeste

aber auch schlicht eine Bühne.[06] Bismarck konnte sich dagegen als Gastgeber von Dreikaisertreffen, Berliner Kongress, Kongokonferenz und bei anderen Gelegenheiten nachhaltig profilieren – zumal Berlin mit der Reichsgründung zum machtpolitischen Zentrum Europas geworden war.

Im übertragenen wie im einfachen Wortsinn wirklich auf den Denkmalsockel des Nationalhelden gehievt wurde der Kanzler freilich erst nach dem Abschied von der Macht 1890 und seinem Tod acht Jahre später. Noch die mehrbändige Darstellung der deutschen Nationalstaatsgründung, die der Historiker Heinrich von Sybel Anfang der 1890er Jahre veröffentlichte, erschien unter dem Titel „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.". Erst danach lief Bismarck auch dem „Heldenkaiser" den Rang ab. Zwei Dinge gaben dafür den Ausschlag. Zum einen war es eher kontraproduktiv, dass sein gleichnamiger Enkel weder Kosten noch Mühen scheute, um den ersten Kaiser als „Wilhelm den Großen" im nationalen Gedächtnis zu verankern. Die zunehmende Unpopularität Wilhelms II. zog so auch das Andenken an seinen Großvater in Mitleidenschaft. Bismarck hingegen, als Reichskanzler und auch danach zu Lebzeiten noch heftig umstritten und vielfach angefeindet, wurde nach seinem Tod nicht zuletzt deswegen schnell verklärt, weil die Erinnerung an ihn gegen den amtierenden Monarchen instrumentalisiert werden konnte.

Um die Jahrhundertwende wurde die Reichsgründung daher vollends zur „Geschichte Bismarcks", wie der Historiker Max Lenz ein 1902 erschienenes Buch zum Thema betitelte. Der überwiegend nationalliberal oder liberalkonservativ geprägten deutschen Geschichtswissenschaft und großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit galt die Entstehung des Deutschen Reiches nun als das Werk eines einzigen Mannes – des ersten Reichskanzlers. Erich Brandenburg goss diese personalisierende Interpretation mit seinem 1916 veröffentlichten Werk „Die Reichsgründung" in eine Form, die jahrzehntelang Bestand haben sollte.[07]

Der Erste Weltkrieg und die Revolution von 1918 beendeten zwar das 1871 geschaffene Deut-

06 Vgl. Olaf Jessen, Moltke, München 2021, (i.E.).

07 Vgl. Max Lenz, Geschichte Bismarcks, Leipzig 1902; Erich Brandenburg, Die Reichsgründung, Leipzig 1916; aus der umfangreichen Sekundärliteratur Hellmut Seier, Bismarck und die Anfänge des Kaiserreichs im Urteil der deutschen Hagiographie vor 1914, in: Johannes Kunisch (Hrsg.), Bismarck und seine Zeit, Berlin 1992, S. 359–395; Michael McGuire, „Bismarck in Walhalla". The Cult of Bismarck and the Politics of National Identity in Imperial Germany 1890–1915, Philadelphia 1993; Lothar Machtan (Hrsg.), Bismarck und der deutsche Nationalmythos, Bremen 1994, S. 14–67; Markus Raasch (Hrsg.), Die deutsche Gesellschaft und der konservative Heroe. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit, Düren 2010, S. 19–62.

Abbildung 2: Anton von Werner, Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches, Friedrichsruher Fassung
© picture alliance/akg-images

sche Kaiserreich. Der deutsche Nationalstaat überdauerte aber diese Erschütterungen, und mit ihm überdauerte auch der Kult um Bismarck als „Reichsgründer". Der Bismarck-Kult wandelte nach 1918 jedoch seine Funktion. Statt gegen Wilhelm II. wurde er nun gegen die Weimarer Republik instrumentalisiert.[08] Konservative Kräfte, bislang eher in Distanz zum Bismarck-Kult geblieben, bemächtigten sich seiner jetzt. Seine alten nationalliberalen Trägerschichten, enttäuscht vom Ergebnis der Revolution und von der neuen Republik, in der ihrer Wahrnehmung nach dem Bürgertum keine ihm gebührende Stellung zukam, wanderten vielfach in das Lager der Republikgegner ab. Im bürgerlich geprägten Mainstream der Geschichtsschreibung, bei Bismarck-Feiern, auf politischen Kundgebungen, bei Wahlkämpfen und in der rechten Presse wurde der ehemalige Reichskanzler als Repräsentant einer vermeintlich besseren Zeit gefeiert – einer Zeit, die wiederauferstehen könne, wenn nur das bei eben diesen Gelegenheiten nach Kräften diffamierte demokratische „System" der Gegenwart überwunden sei.

Republiktreue Stimmen setzten dem kaum eine Interpretation des Kaiserreichs entgegen, das dieses in positive Kontinuitätslinien deutscher Geschichte einordnete. Den Linksliberalen und Sozialdemokraten nahestehende Historiker wie Walter Goetz, Johannes Ziekursch oder Veit Valentin sahen die Wurzeln der Weimarer Demokratie vor allem in der Revolution von 1848. Die Reichsgründung 1871 erschien ihnen dagegen eher als eine Verirrung. Das halbe Jahrhundert des Kaiserreichs interpretierten sie als einen Betriebsun-

08 Vgl. Robert Gerwarth, Der Bismarck-Mythos, München 2007; Wolfgang Hardtwig, Der Bismarck-Mythos, in: ders. (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 61–90; Machtan (Anm. 7); Raasch (Anm. 7), S. 63–134.

fall der deutschen Geschichte. Diese sei erst 1918 wieder auf den „richtigen" Weg zurückgekehrt.[09]

Allein manche national denkende Liberale, wie der „Vernunftrepublikaner" Hermann Oncken, unternahmen zumindest halbherzige Versuche, das Kaiserreich als Vorgeschichte der Weimarer Demokratie neu zu denken. Mit einer Mischung aus Sympathie und kritischer Distanz zeichnete Oncken die Reichsgründung von 1871 als eine Verbindung von „alten historischen Gewalten und den neuen Triebkräften der Zeit". Sie sei der erste Schritt zu einem nationalen Gemeinwesen der Deutschen gewesen. Das 1871 entstandene Kaiserreich habe die Erfordernisse der Zeit angesichts von Industrialisierung und Massenpolitik freilich nur unvollkommen erfüllt. Erst in der Weimarer Republik sei die soziale und demokratische Vollendung des deutschen Nationalstaats geglückt. „Unvollendet" erschien das Kaiserreich Oncken allerdings auch, weil 1871 nur ein kleindeutscher Nationalstaat ohne Österreich zustande gekommen war. Die Hoffnung auf eine „Wiedergeburt der großdeutschen Idee" teilte Oncken mit weiter rechts stehenden Historikern. Wie diese und ihre republiktreuen Opponenten von links hielt er zudem an der Wahrnehmung Bismarcks als „Reichsgründer" fest.[10]

Der Bismarck-Mythos verband sich seit 1914 darüber hinaus auch mit der Vorstellung eines „deutschen Sonderwegs". Was seit Beginn des Ersten Weltkriegs von den westlichen Kriegsgegnern des Deutschen Reichs abwertend formuliert worden war, wurde in Deutschland trotzig zur nationalen Tugend stilisiert. Politisch rechts stehende Historiker wie Adalbert Wahl, der zwischen 1926 und 1936 eine vierbändige Geschichte des Kaiserreichs veröffentlichte, sahen in diesem einen „Höhepunkt der Menschheitsgeschichte überhaupt".[11] Für Autoren wie Wahl oder auch Erich Marcks war das ganz fraglos „fast allein" das Werk „Bismarcks: dessen, der alles gewollt und alles getan hat". In einem 1936 erschienenen Buch von Marcks wurde Bismarck schließlich zum Wegbereiter Hitlers und dieser zum Vollender der Reichsgründung stilisiert.[12]

Das Andenken an die „Bismarck'sche Reichsgründung" leistete zwischen 1918 und 1933 so einen Beitrag zum Untergang der ersten deutschen Demokratie. Als Waffe gegen die Weimarer Republik verwendet wurde der Bismarck-Mythos allerdings vor allem von der traditionellen Rechten. Die Nationalsozialisten nutzten diese Waffe zwar auch. Aber ihre Versuche einer Vereinnahmung des Mythos stießen allzu offensichtlich an Grenzen. Die Konstruktion einer Kontinuität von 1871 zu 1933, von Bismarck zu Hitler, erwies sich als äußerst schwer. Hitlers „großdeutsche" Ziele und seine Weltherrschaftspläne standen in klarem Gegensatz zur „kleindeutschen" Reichsgründung von 1871 und der von Bismarck danach verkündeten Politik der „Saturiertheit". Das wurde bereits 1938/39 deutlich, als das nationalsozialistische Deutschland über die Politik einer Revision des Versailler Vertrags hinausging. Spätestens 1941 war es für niemanden mehr zu übersehen. Die Reichsgründung und Bismarck traten denn auch als historischer Bezugspunkt nationalsozialistischer Propaganda immer mehr zurück. Stattdessen beanspruchte der konservative Widerstand gegen Hitler die Erinnerung an das Kaiserreich und den toten Kanzler zunehmend als Legitimationsobjekt für sich.[13]

Das war einer der Gründe dafür, warum der Bismarck-Mythos auch 1945, mit dem Untergang des 1871 entstandenen Deutschen Reichs, kein Ende fand. Der Kult um den alten Kanzler und das Kaiserreich durchlief abermals einen Wandel. Teilweise wurde dabei im Westen Deutschlands, in der jungen Bundesrepublik, an Bilder der Zeit vor 1933 angeknüpft. Allerdings war es jetzt nicht mehr so sehr der Antidemokrat und Republikgegner Bismarck, sondern die ihm wie die Reichsgründung zugeschriebene Sozialversicherung des Kaiserreichs, die in den Fokus rückte. Nach zwei verheerenden Weltkriegen, der krisenhaften Zwischenkriegszeit und den Hungerjahren ab 1945 erschien das Kaiserreich vielen geradezu als eine „gute alte Zeit", in der soziale Harmonie durch Ausbau des Sozialstaats geherrscht habe.

Außerdem hatte 1945 das Ende des Deutschen Reiches markiert. Es gab keinen einheitlichen deut-

09 Vgl. besonders Daniel Bussenius, Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er Revolution, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Griff nach der Deutungsmacht, Göttingen 2004, S. 90–114.

10 Hermann Oncken, Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee (1920) und ders., Der Sinn der deutschen Geschichte (1924), beide abgedruckt in: Nation und Geschichte, Berlin 1935, S. 36.

11 Adalbert Wahl, Deutsche Geschichte. Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges (1871–1914), Bd. 1, Stuttgart 1926, S. IX.

12 Erich Marcks, Der Aufstieg des Reiches, Stuttgart 1936, Bd. 1, S. XII-XIV.

13 Vgl. Gerwarth (Anm. 8), S. 167–179; Machtan (Anm. 7); Raasch (Anm. 7), S. 135–220.

schen Nationalstaat mehr. Und es war Bismarck, dem in der populären Imagination das Verdienst zugeschrieben wurde, diesen Nationalstaat geschaffen zu haben. So lag es nahe, auch in dieser Hinsicht von ihm für die Gegenwart lernen zu wollen. Wie der „Schöpfer der deutschen Sozialversicherung" trat deshalb nun aus einem ganz praktischen, neuen Bedürfnis heraus der „Reichsgründer" in den Mittelpunkt des Interesses. Geschichte mochte sich nicht wiederholen. Aber vielleicht ließen sich doch für eine Politik der Wiedervereinigung aus „Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung", wie ein Buchtitel der Zeit hieß, mehr als nur einige Fingerzeige entnehmen.[14]

„HISTORISCHE SOZIALWISSENSCHAFT" UND 1871

Mit den Jahren verblasste freilich nicht allein die Hoffnung auf eine schnelle Wiedervereinigung. Von den beiden zunächst als Provisorien gegründeten deutschen Staaten gewann zumindest die Bundesrepublik bald an Selbstbewusstsein. Und mit dem außerordentlichen Boom des „Wirtschaftswunders" nahm das Bedürfnis nach Orientierung an einer „guten alten Zeit" ab. Statt das Paradies in die Kaiserzeit zurück zu projizieren, fanden die Westdeutschen es zunehmend in der Gegenwart, in der schönen bunten Welt der Werbung und des Konsums.

Parallel dazu sank auch Bismarcks Stern. Während des ersten Jahrzehnts nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte bei demoskopischen Umfragen die Mehrheit der befragten Deutschen auf die Frage, welcher „große Deutsche" am meisten für sein Land getan hatte, stets seinen Namen genannt. In den späten 1950er Jahren lief dann Adenauer in Umfragen Bismarck den Rang als derjenige Politiker ab, der am meisten für Deutschland geleistet habe. Mitte des folgenden Jahrzehnts fielen die durch demoskopische Untersuchungen ermittelten Popularitätswerte Bismarcks noch weiter. Das markierte zwar kein Ende des öffentlichen Interesses an ihm und der ihm nach wie vor zugeschriebenen Gründung des Kaiserreichs 1871, wohl aber eine Umwertung.

In der Öffentlichkeit hatte spätestens seit Bismarcks Tod ein positives Bild des ersten Reichskanzlers dominiert. Kritiker, die an die zeitgenössischen Sichtweisen seiner politischen Gegner vor allem aus linksliberalen, sozialdemokratischen oder auch katholischen Kreisen anknüpften, konnten sich dagegen jahrzehntelang kaum durchsetzen. Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus akzentuierten dann Historiker aus solchen Milieus wie Erich Eyck und Hans Rosenberg in der Emigration ihre Interpretationen von Bismarck und der Reichsgründung neu. Während der 1960er Jahre wurde ihre kritische Sichtweise von einer Generation junger Historiker in der Bundesrepublik aufgegriffen. Diese Historiker identifizierten sich mehr oder weniger mit der Richtung der „Historischen Sozialwissenschaft". Von der Bildungsexpansion profitierend, besetzten sie in den 1970er Jahren zahlreiche Lehrerstellen an Schulen und universitäre Lehrstühle. Zumindest bis zur Jahrtausendwende prägten sie die Darstellung der Geschichte des Kaiserreichs und der Reichsgründung wesentlich. Über die historischen Handbücher und Schulbücher, die sie schrieben oder beeinflussten, und über ihre Schüler tun sie es zum Teil bis heute.

Die „Historische Sozialwissenschaft" stellte das Bild der Reichsgründung auf den Kopf. Bisher im Mainstream der deutschen Historiografie und Öffentlichkeit meist als nationale Heldentat gesehen, mutierte sie zu Bismarcks Schurkenstück. Durch die Reichsgründung, betonten nun etwa einflussreiche Historiker wie Hans-Ulrich Wehler oder Wolfgang Mommsen, habe Bismarck die 1871 eigentlich anstehende Modernisierung und Demokratisierung Deutschlands verhindert. Mehr noch: Mit ihr sei Deutschland auf eine schiefe Bahn geraten, auf der es dann in den Nationalsozialismus rutschte. Aus dem Geist des Militarismus entstanden, habe der Nationalstaat von 1871 sich zu einer Brutstätte des Antisemitismus und Radikalnationalismus entwickelt. Vom Kaiserreich zum „Dritten Reich" führe deshalb eine klare Linie der Kontinuität.[15]

Trotz ihrer struktur- statt personengeschichtlichen Ausrichtung, die schon im Namen der „Historischen Sozialwissenschaft" anklingt, hiel-

14 Otto Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, Heidelberg 1958. Vgl auch Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln 1971; Hans Hallmann (Hrsg.), Revision des Bismarck-Bildes, Darmstadt 1972; Raasch (Anm. 7), S. 221–258.

15 Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973; ders., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, München 1995; Wolfgang Mommsen, Der autoritäre Nationalstaat, Frankfurt/M. 1990.

ten deren Vertreter daran fest, dass Bismarck eine zentrale Rolle für die Nationalstaatsgründung gespielt habe. In ihren Interpretationen wurde der erste Reichskanzler allerdings vom strahlenden Nationalhelden zum perfiden und sinistren Manipulator, zum „Dämon der Deutschen", wie es Johannes Willms am drastischsten formulierte.[16] Zurecht betonten sie, dass Bismarcks Politik in erster Linie nicht von nationalen Idealen, sondern den Machtinteressen der preußischen Aristokratie angetrieben worden war. Mit ihm sei, meinte Hans-Ulrich Wehler, den alten aristokratischen Eliten „eine politische Kraft sui generis", also ein einzigartiges Talent, zugewachsen: Das müsse „auch der konzedieren, der nicht an das ‚Männer machen die Geschichte' glaubt."[17]

Fritz Fischer hatte mit seiner These, das kaiserliche Deutschland habe 1914 den Ersten Weltkrieg gezielt ausgelöst, und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch die aggressive Außenpolitik des „Dritten Reiches" sei deshalb keineswegs ein „Betriebsunfall" der deutschen Geschichte, bereits Anfang der 1960er Jahre eine damals in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik weitverbreitete Überzeugung infrage gestellt. Die Repräsentanten der „Historischen Sozialwissenschaft" gingen noch einen Schritt weiter: In ihrer Interpretation hatte schon Bismarck mit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, der wesentlich dazu beitrug, die Reichsgründung zu ermöglichen, eine Tradition militaristischer Politik begonnen. Bismarcks vermeintlich entscheidende Rolle in der „Julikrise" 1870, früher bereits als Ausweis seiner Genialität und nationalen Überzeugungen gerühmt, diente jetzt als Beleg seiner taktischen Perfidie. Der von Eberhard Kolb auf Grundlage einer erschöpfenden Auswertung der zeitgenössischen Quellen geführte Nachweis, dass die entscheidenden Provokationen 1870 tatsächlich von französischer Seite ausgegangen waren, ging in der nun neu wuchernden Legendenbildung um die „Emser Depesche" unter.[18]

Statt zu Orten historischer Identifikation wurden Reichsgründung, Kaiserreich und Bismarck jetzt zu Ausgangspunkten unheilvoller Traditionen erklärt, von denen sich die Deutschen ebenso entschieden zu distanzieren hätten wie von dem mit ihnen durch vielfältige Kontinuitätslinien verbundenen Nationalsozialismus. Dass es sich bei diesem Urteil auch um einen „Reflex der eigenen zeitgeschichtlichen Situation" handelte, wie eine aufmerksame Beobachterin schon 1970 anmerkte,[19] wird aus der Rückschau umso klarer. Die neuen negativen Wertungen waren ebenso zeitgebunden wie die früheren, von ihnen abgelösten positiven. Die Existenz zweier deutscher Staaten ließ etwa Hans-Ulrich Wehler Anfang der 1970er Jahre davon ausgehen, „daß der Bann der normativen Verbindlichkeit des nationalen Einheitsstaates gebrochen" sei.[20] Statt einer durch die Ostverträge scheinbar in weite Ferne gerückten Wiedervereinigung müsse das Augenmerk in der Gegenwart vielmehr auf eine soziale Demokratisierung der Bonner Republik gerichtet werden. Und dafür schien das als konservativ und obrigkeitsstaatlich charakterisierte Kaiserreich den Vertretern der „Historischen Sozialwissenschaft" ebenso wenig als Modell zu taugen wie der von ihnen unterstützten, durch Willy Brandts SPD geführten Bundesregierung. Für die CDU und ihr nahestehende konservativere Historiker wie Theodor Schieder oder Lothar Gall blieb der Nationalstaat dagegen eine moderne Errungenschaft, eine Grundlage von Sozialstaat, Rechtsstaat und Demokratie. Deshalb bemühten sie sich zumindest implizit um eine Rehabilitation von Bismarck und der Reichsgründung, die als mögliches Modell für eine Wiedervereinigung gesehen werden konnte.[21]

KOMPLEXITÄT DES KAISERREICHS: MULTIPLE MODERNEN

Diese Tiefenschichten der historiografischen Debatte verloren 1990 an Relevanz. Dennoch gingen die von politischen Gegensätzen zwischen der „Historischen Sozialwissenschaft" und ihren Gegnern unterfütterten Auseinandersetzungen weiter. Allerdings verlagerten die Kontroversen sich schon seit dem „Historikerstreit" 1986 zusehends auf die Zeit des Nationalsozialismus. Die-

16 Johannes Willms, Bismarck – Dämon der Deutschen, München 1997.

17 Wehler (Anm. 15), S. 36.

18 Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870, Göttingen 1970.

19 Elisabeth Fehrenbach, Die Reichsgründung in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71, Stuttgart 1970, S. 289.

20 Wehler (Anm. 15), S. 227 f.

21 Vgl. Schieder/Deuerlein (Anm. 19); Lothar Gall, Bismarck, Frankfurt/M. 1980; zum politischen Hintergrund auch Michael Epkenhans, Die Reichsgründung 1870/71, München 2020, S. 113–117.

ser rückte nun ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Fachwissenschaft, deren Debatten sich während der 1960er und 1970er Jahre noch vor allem am Kaiserreich entzündet hatten.

Unter diesen Umständen weitete die Kaiserreichsforschung sich in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten zwar weiter aus. Sie wurde aber auch wesentlich komplexer und unübersichtlicher. Der Trend zur Kulturgeschichte begünstigte zudem Forschungen, die sich nicht mehr ohne weiteres in politische und politisch motivierte Meistererzählungen einordnen ließen.

Angelsächsische Historiker, von den politischen Implikationen der Auseinandersetzungen ihrer deutschen Kollegen weitgehend unbelastet, zeigten neue Wege auf und gaben wichtige Anregungen.[22] Internationale Vergleiche, bisher meist eher postuliert als praktiziert, wurden endlich ernsthaft in Angriff genommen. Komparative Studien erschütterten oder relativierten manche seit langem unhinterfragte Annahmen. So mochte die deutsche Reichsverfassung von 1871 im Vergleich mit den parlamentarischen Konstitutionen Westeuropas antiquiert wirken. Im mittel- und osteuropäischen Kontext war sie dagegen die Norm oder sogar verhältnismäßig fortschrittlich. Auch die Rolle, die Krieg und Gewalt bei der Reichsgründung spielten, war keineswegs außergewöhnlich: Wie vor allem Dieter Langewiesche hervorgehoben hat, sind Blutvergießen und bewaffnete Auseinandersetzungen bei den Nationalstaatsbildungen Europas vielmehr die Regel gewesen.[23] Und nicht nur beim Thema Militarismus, auch mit Blick auf Antisemitismus und Radikalnationalismus lässt eine international vergleichende Betrachtung von der Vorstellung eines wie auch immer bewerteten „deutschen Sonderwegs“ während des Kaiserreichs nicht viel übrig.

Etwas vereinfacht gesagt stehen drei Bilder der Reichsgründung in der pluralistischen Geschichtsschreibung von heute nebeneinander. Sie unterscheiden sich vor allem darin, wie sie das Verhältnis des Kaiserreichs zur Moderne beurteilen.

Für die nach wie vor einflussreichen Vertreter und Erben der „Historischen Sozialwissenschaft“ konservierte die Reichsgründung 1871 anachronistische Traditionsüberhänge, die dann die weitere deutsche Geschichte noch ein ganzes Menschenalter prägten. Bismarck erscheint aus dieser Sicht als Wegbereiter Hitlers, der Nationalsozialismus als im Kern konservativ, das Kaiserreich als der Beginn eines geraden Weges in den Abgrund, dessen Tiefpunkt 1945 erreicht wurde. Erst danach habe ein ebenso gradliniger Aufstieg zur Moderne begonnen. Die demokratische Revolution von 1918 wird in dieser Interpretation zu einer gescheiterten, die Weimarer Republik zu einer Totgeburt.[24]

Andere Historiker zeichnen das Kaiserreich dagegen mittlerweile geradezu als eine Vorgeschichte der Gegenwart. Letzten Endes werden dabei ähnlich lineare Kontinuitäten vom Kaiserreich zur Bundesrepublik von heute suggeriert, wie in der Interpretation der „Historischen Sozialwissenschaft“ vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“. Und während diese die Demokratie der Weimarer Republik kleingeredet hat, so läuft eine positiv wertende Sicht des Kaiserreichs als „Geburt der Moderne“ bewusst oder unbewusst darauf hinaus, den Nationalsozialismus wieder zum Betriebsunfall der deutschen Geschichte zu erklären.[25]

Eine dritte Position schließlich sieht die Gründung des Kaiserreichs 1871 ebenfalls als die Zeit der Entstehung eines modernen Deutschland. Diese Moderne habe allerdings vielfältige Potenziale gehabt – demokratische ebenso wie diktatorische. Eine Pfadabhängigkeit in die eine oder andere Richtung wurde demnach durch die Reichsgründung nicht begründet. Aus dem modernen Deutschland, das zwischen 1871 und 1918 entstanden war, konnte im weiteren Verlauf der Geschichte vielmehr sowohl eine „helle“ wie eine „dunkle“ Moderne werden.[26]

CHRISTOPH NONN
ist Professor für Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
nonn@hhu.de

22 Vgl. David Blackbourn, Populists and Patricians, London 1987; Geoff Eley, From Unification to Nazism, Boston 1986; Richard Evans, Rethinking German History, London 1987.

23 Vgl. zuletzt Dieter Langewiesche, Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne, München 2019.

24 Vgl. Volker Berghahn, Das Kaiserreich 1871–1914, Stuttgart 2003; Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht, Frankfurt/M. 2013; Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

25 Vgl. Frank-Lothar Kroll, Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin 2013; Hans-Christof Kraus, Bismarck, Stuttgart 2015.

26 Vgl. als Klassiker Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, München 1992; jetzt Nonn (Anm. 4); Hedwig Richter, Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Frankfurt/M. 2021 (i. E.).

WARUM SICH EINE BESCHÄFTIGUNG MIT DER REICHSGRÜNDUNG HEUTE LOHNT

Hedwig Richter

Am Anfang war die Verfassung. Denn das Kaiserreich begann nicht am 18. Januar 1871, nicht mit Waffenklirren und Männerjubel im Spiegelsaal des Versailler Schlosses, nicht mit der Proklamation des Kaisers. Das Reich begann ruhig, ordnungs- und rechtmäßig; über Nacht war es da. Die Verfassung, eine Revision der Konstitution des Norddeutschen Bundes von 1867, trat am 1. Januar 1871 in Kraft, und mit ihr setzte das „Deutsche Reich" ein.[01]

Deutschlands Verfasstheit erwies sich damit als denkbar unspektakulär. Das Reich hatte die in Europa übliche Staatsform einer konstitutionellen Monarchie. Das heißt, der Monarch war institutionell eingehegt.[02] Für die meisten Zeitgenossen war die Begründung durch eine Verfassung inzwischen selbstverständlich – diese Selbstverständlichkeit aber war neu und steht für einen Modernisierungs- und auch einen gewissen Demokratisierungsprozess. Noch der Vorgänger des neuen Kaisers auf dem preußischen Thron, König Friedrich Wilhelm IV., hatte eine Verfassung für Teufelszeug erklärt und sich erst mit der Revolution von 1848/49 zur preußischen Konstitution drängen lassen.

Auch sonst bot das Kaiserreich progressives Potenzial und war damit Teil des internationalen Aufbruchs, der Massenpolitisierung und der Demokratisierung – das ist die These dieses Textes. Die These fügt sich in eine breite Forschung, die seit Langem der Exotisierung des Kaiserreichs widerspricht und weitgehend Einigkeit darüber erzielt hat, dass das dunkle Bild von einem rein repressiven Obrigkeitsstaat der pluralen Gesellschaft des Deutschen Reichs nicht gerecht wird.[03] Anhand von drei Feldern soll das in diesem Text verdeutlicht werden: erstens anhand der Verfassung, zweitens anhand des Konzeptes von Nation und drittens anhand der sozialen Reformen. Bei einem genaueren Blick wird deutlich, wie entscheidend der Aufbruch der Frauen für die Massenpolitisierung und Demokratisierung war. Frauen betraten die politische Bühne – und mehr als je zuvor wurden ihre Ansprüche diskutiert und in immer breiteren Kreisen der Gesellschaft auch akzeptiert.

DIE VERFASSUNG

Auch die dritte Version der Konstitution vom April 1871, mit der als letzte Mitgliedstaaten Württemberg und Bayern dem Reich angehörten, setzte mit Kaiser und Fürsten ein. Als Träger der Souveränität und oberstes Organ war ein von den 25 Mitgliedstaaten bestückter sogenannter Bundesrat vorgesehen, der die Macht der Fürsten garantieren sollte. Der Bundesrat konnte Gesetze einbringen, und er musste den Gesetzen zustimmen. An seiner Spitze fungierte als Staatsoberhaupt das sogenannte Bundespräsidium, das der Kaiser innehatte und das zuständig für die Außenpolitik sowie Krieg und Frieden war.

Und doch war dieses Bild von einer Fürstenaristokratie, in der nicht Bürger partizipierten, sondern treue Untertanen wohnten, Propaganda – ganz ähnlich wie das strahlende Wimmelbild der „Kaiserproklamation" von Anton von Werner: eine fürstliche Männerversammlung mit bunten Uniformen und Pickelhauben, die das Hoch auf „Seine Majestät den Kaiser" rief. Kaum einer der Anwesenden am 18. Januar 1871 erinnerte sich später an Jubel und Freude. Der Akt gestaltete sich kühl und nüchtern, in „prunklosester Weise und außerordentlicher Kürze".[04]

Die Verfassung aber, die das Kaiserreich begründete, war von einem recht demokratisch gewählten Parlament, dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, beraten und verabschiedet worden: Die Grundlage des Staates war also ein Effekt der Volkssouveränität. Und auch damit war das Kaiserreich ein gewöhnlicher Staat. Denn die Reichs-

gründung gehört in die Jahre eines weltweiten partizipativen Aufbruchs, in dem Politik und mit ihr der Staat zu einer Angelegenheit der Massen wurde. Das deutsche Parlament bestätigte 1871 das 1866 im Norddeutschen Bund institutionalisierte allgemeine und gleiche Männerwahlrecht. Die Verfassung nahm damit Bezug auf den bisherigen Höhepunkt der deutschen Demokratiegeschichte: die Paulskirchenverfassung. Großbritannien verdoppelte 1867 durch den „Reform Act" die Zahl der Wahlberechtigten. Frankreich errichtete 1871 die Dritte Republik. Heinrich von Treitschke, der konservative Historiker, erklärte seinen Studenten, es lasse sich „ein historisches Gesetz der Demokratisierung der Staatsformen" erkennen.[05] In weiteren Ländern wie Belgien, Schweden, Österreich oder Ungarn vergrößerten Reformen das Wahlvolk oder stärkten den Parlamentarismus. Auch die USA richteten nun ein „universal suffrage" für alle Männer ein. „Das allgemeine Stimmrecht ist im siegreichen Vordringen begriffen", resümierte der Jurist Georg Meyer.[06]

Im politischen Leben Deutschlands entwickelte sich das Parlament zur entscheidenden Institution. Das war so von Bismarck nicht intendiert gewesen, aber die kompromissfreudige Verfassung ließ es zu. Sie gab dem Reichstag das Budgetrecht und das Gesetzesinitiativrecht, und jedes Gesetz musste im Parlament verabschiedet werden. Die Abgeordneten ließen sich in hochkompetitiven Wahlkämpfen küren. Die Parlamentssitzungen waren öffentlich, und in langen Auszügen druckten die Zeitungen die Reden ab. Die Regierung allerdings wurde nicht vom Parlament bestätigt, doch auch das war kein deutsches Alleinstellungsmerkmal.

Zu den Staaten, die dem Deutschen Reich angehörten, zählten im Übrigen drei Republiken: Hamburg, Bremen und Lübeck. Viele deutsche Länder wie Württemberg, Baden oder Bayern besaßen alte Verfassungs- und Parlamentstraditionen, die einen wichtigen Bestandteil ihrer kollektiven Identitäten bildeten.[07]

NATION

So oder so: Das Deutsche Reich war ein Nationalstaat und gründete damit auf dem Volk. Das ist entscheidend für eine Interpretation des Kaiserreichs, denn historisch gesehen gehören Nation und Demokratie eng zusammen. Demokratie und Nationalität seien „ganz grundsätzlich miteinander verbunden", so die Historikerin Liah Greenfeld, „keines kann ohne das andere richtig verstanden werden".[08] Nach dem Ende des Ständestaats und nach der Individualisierung in der Moderne bot – vereinfacht gesagt – der Nationalstaat eine neue mentale Heimat und eine ganz eigene Würde. Die nationale Idee gab jedermann die Dignität, ein Deutscher (oder Franzose oder Italiener) zu sein, egal, ob Adliger oder Bauer. Vor der Nation war jeder gleich. Es lässt sich kaum überschätzen, wie wichtig das Konzept der Nation für Vorstellungen von Gleichheit war. Die Gleichheitsidee ermöglichte das allgemeine Männerwahlrecht, aber auch den Sozialstaat, der sich zusammen mit dem Nationalismus und der Massenpolitisierung entfaltete. Nation pflanzte Gleichheit in die Politik. All das galt wie selbstverständlich nur für Männer, denn auf sie waren Nation, wehrhafte Bürgerschaft, der Parlamentarismus mit öffentlicher Rede, die ganze „Gleichheit" primär zugeschnitten.

Die Gründung des Nationalstaats erwies sich daher als wesentlich für die Demokratisierungsprozesse. Weitgehend alphabetisiert wür-

01 Im vorliegenden Text finden sich Überlegungen und Thesen eines Essays, das im kommenden Jahr erscheint: Hedwig Richter, Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Berlin 2021, (i.E.).

02 Vgl. Martin Kirsch, Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich, Göttingen 1999; Wolfram Pyta, Hugo Preuß und die Parlamentarisierung der Monarchie im Ersten Weltkrieg, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Hugo Preuß 1860–1925. Genealogie eines modernen Preußen, Köln–Weimar–Wien 2011, S. 257–277.

03 Vgl. etwa die Arbeiten von Angelika Schaser, Frank Bösch, Ute Planert, Christoph Nonn, Wolfram Pyta oder Kerstin Wolff.

04 Anton von Werner, Erlebnisse und Eindrücke 1870–1890, Berlin 1913, S. 32f. Siehe auch Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreiches 1871–1918, München 2020, S. 14–60.

05 Christian Meier et al., Demokratie, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 2004, S. 821–899, hier S. 893.

06 Georg Meyer, Das parlamentarische Wahlrecht, hrsg. v. Georg Jellinek, Berlin 1901, S. 419.

07 Vgl. beispielhaft Paul Nolte, Parteien und Propaganda im Vormärz. Die schwierigen Anfänge staatlicher Meinungslenkung in einer politisierten Gesellschaft, in: Ute Daniel/Wolfram Siemann (Hrsg.), Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989, Frankfurt/M. 1994, S. 83–100.

08 Liah Greenfeld, Nationalism. Five Roads to Modernity, Cambridge MA 1993, S. 10.

den sich Arbeiter, Bauern oder Hausangestellte als politisierte, selbstbewusste Bürger erweisen. Da in den „heutigen Staaten" die „großen Massen auch der Arbeiter, persönliche Freiheit und Staatsbürgerrecht erwerben", so der badische Politiker und Schweizer Rechtswissenschaftler Johann Caspar Bluntschli, bedürfe es einer „moderne[n] Art der Demokratie".[09] In Massenverbänden, Vereinen, in Petitionen, in Kneipendiskussionen, auf Demonstrationsmärschen mischten sich Männer in Politik ein und befeuerten die Zivilgesellschaft.

Mindestens so bemerkenswert ist der politische Aufbruch der Frauen. Denn die Inklusionskraft der Nation trug immer mehr dazu bei, die strengen Geschlechterschranken zu hinterfragen. Das weite Männerwahlrecht befeuerte Feministinnen weltweit, für das Frauenwahlrecht zu kämpfen. „Es giebt keine Freiheit der Männer, wenn es nicht eine Freiheit der Frauen giebt", erklärte 1876 in Deutschland die Intellektuelle Hedwig Dohm und forderte als logische Konsequenz: das Frauenwahlrecht.[10] Auf der anderen Seite des politischen Spektrums erfasste die Massenpolitisierung auch die konservativen und reaktionären Frauen, die sich im Namen der deutschen Nation den Müttern, Hausfrauen, Landfrauen, den Kolonien oder dem Armenwesen widmeten. In nationalistischen Vereinen wie dem Flottenverein gelang es ihnen häufig, eigene Frauenabteilungen einzurichten.[11]

In allen Industrieländern wurden mit der Massenpolitisierung auch die Exklusionsbewegungen gestärkt. Das Konzept von Nation bedeutete schließlich die Exklusion aller, die nicht dazu gehören. Häufig zeigte sich die exkludierende Bewegung als Antisemitismus, Rassismus (in den USA erreichte das Lynchen um 1900 einen Höhepunkt) oder Militarismus, aber auch als Misogynie, die sich nun in Vereinen organisierte und einer breiten Publikationstätigkeit frönte. Doch die Lage war mehrdeutig: Das deutsche Bürgertum etwa, die Wissenschaft, das Denken, die Presse, die Politik – sie speisten sich nicht zuletzt aus jüdischen Wurzeln und jüdischen Milieus. Der Normalfall in den Städten und auf dem Land war – trotz des europaweiten Antisemitismus – die Inklusion der Jüdinnen und Juden. Erst der Weltkrieg und die Revolution von 1918/19 bildeten die entscheidende Zäsur hin zu einem mörderischen Antisemitismus, wesentlich befeuert durch die „Dolchstoßlegende".[12] Die Misogynie aber war nicht zuletzt ein Ausdruck der starken Emanzipationsbewegung. Wo die Frauen stark waren wie in Großbritannien oder Deutschland, stieg die organisierte Frauenfeindschaft; wo die Frauenbewegungen schwach blieben, wie in Frankreich oder Russland, bot sich weniger Grund zu reaktionärer Empörung.[13] Der Nationalismus aber erwies sich weiterhin als schillerndes Phänomen. Es gab immer auch einen starken progressiven Nationalismus, wie ihn etwa der Liberale Friedrich Naumann oder die Politikerin Gertrud Bäumer vertraten.[14]

Die allermeisten Deutschen sahen die Reichsgründung und die nationale Einheit zunehmend positiv. Der Deutsch-Französische Krieg hatte das Machtverhältnis in Europa umgekehrt: Anders als früher galt nicht mehr Frankreich als die dominierende Kraft und potente Militärmacht auf dem Kontinent, sondern Deutschland. Der anschwellende Bismarck-Kult zeugt von der Zustimmung in der Bevölkerung. Der Kanzler galt als der Schöpfer der Einheit – nicht der Monarch Wilhelm I.[15] Und so verwundert es nicht, dass die zahlreichen Bismarck-Säulen und Bismarck-Denkmäler zur Feier der Einheit sich zumeist Bürgerinitiativen verdankten, während Wilhelm II. mit seinem ikonografischen Programm von Reiterbildern „Wilhelms des Gro-

09 Johann Caspar Bluntschli et al., Bluntschli's Staatswörterbuch. In drei Bänden auf Grundlage des deutschen Staatswörterbuches, Bd. 1, Zürich 1869, S. 467.

10 Hedwig Dohm, Der Frauen Natur und Recht. Zur Frauenfrage. Zwei Abhandlungen über Eigenschaften und Stimmrecht der Frauen, Berlin 1876, S. 172.

11 Vgl. Birthe Kundrus, Weiblicher Kulturimperialismus. Die imperialistischen Frauenverbände des Kaiserreichs, in: Sebastian Conrad/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004, S. 213–235.

12 Vgl. Nonn (Anm. 4), S. 403; Till van Rahden, Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000, S. 13 f. Shulamit Volkov, Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.

13 Vgl. Ute Planert, Wie reformfähig war das Kaiserreich? Ein westeuropäischer Vergleich aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hrsg.), Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 165–184.

14 Vgl. Angelika Schaser/Helene Lange/Gertrud Bäumer, Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln–Weimar–Wien 2010.

15 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christoph Nonn in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

ßen“ vergeblich versuchte, seinen Großvater als entscheidende Figur der Reichseinigung darzustellen. Doch die Einheit Deutschlands war nicht nur ein emotionales Projekt, das die chauvinistischen Emotionen hochtrieb. Sie war auch die Voraussetzung für den Eintritt in die Hochmoderne. Sie ermöglichte den wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Aufstieg des Landes.

Der Nationalismus mit seiner Massenpolitisierung machte die Nationalstaaten zu starken, blühenden Ländern, aber auch zu schlagkräftigen, brutalen Kampfmaschinen. In diese Zeit fiel daher auch der Hochimperialismus: Die mächtigen Nationalstaaten überfielen systematisch andere Kontinente, raubten sie aus, unterdrückten oder ermordeten die fremden Menschen. Der nationalistische Wettkampf der Staaten befeuerte diese erste Globalisierung. Der Staat war nicht länger eine Angelegenheit von Eliten und eben keine Fürstenaristokratie. Vielmehr bildeten die Millionen der Bevölkerung den Nationalstaat; sie partizipierten, fühlten mit und zeigten sich im neuen Nationalstolz sogar bereit, freudig für ihr Land zu sterben. So wurde auch die Katastrophe des Ersten Weltkriegs möglich.

REFORMEN

Die Staatenkonkurrenz und die Globalisierung führten aber auch zu einem fruchtbaren Austausch. Das Kaiserreich wurde schnell neben Großbritannien und den USA zu einer der führenden Wirtschaftsnationen, seine Universitäten galten vielfach als die besten der Welt, und als moderner Sozialstaat spielte die junge Nation eine Vorreiterrolle. Ohne die Einheit wäre das nicht möglich gewesen.

Das Wirtschaftswachstum bildete in allen Industriestaaten eine entscheidende Grundlage für die Massenpolitisierung. Die florierende Ökonomie erst ermöglichte viele der partizipativen Praktiken, denn der Wohlstandsanstieg kam trotz aller Wirtschaftskrisen letztlich allen zugute, und die Reallöhne stiegen gerade auch für die Ärmsten.[16] Hungersnöte, die es überall in Kontinentaleuropa bis zur Jahrhundertmitte gegeben hatte, waren undenkbar geworden. Die Arbeiter hatten zunehmend Geld, sich eine Zeitung zu kaufen und abends beim Bier und in den aufblühenden Parteien über Politik zu diskutieren. Die Arbeitszeit sank beträchtlich und wurde 1900 gesetzlich auf zehn Stunden pro Tag festgelegt.

Frauen profitierten insgesamt nicht so stark von den Errungenschaften. Arbeiterinnen mussten abends den Haushalt erledigen, ein Großteil der Berufe blieb Frauen verschlossen, und sie verdienten insgesamt bei gleicher Arbeit weit weniger als die Männer. Doch kamen auch ihnen die Veränderungen und Reformen allmählich zugute, nicht zuletzt, weil Frauenrechtlerinnen für bessere Löhne, geringere Arbeitszeiten oder größere Bildungschancen kämpften.

Der wachsende Wohlstand wurde zu einer der stärksten Inklusionskräfte. Hätten früher die vielen im „Mangel für Magen, Herz und Geist“ gelebt, schrieb die „Vossische Zeitung“, habe das 19. Jahrhundert als das „soziale Jahrhundert“ die Welt zum Guten verändert.[17] Bismarcks Sozialgesetzgebung ermöglichte eine Grundversorgung der Bevölkerung, die bisher undenkbar gewesen war. Die Menschen entwickelten ein starkes Gefühl für soziale Rechte.

Die Sozialdemokratie blieb dabei keineswegs in der Opfer- und Außenseiterrolle. Sie sah sich – völlig zurecht – als treibende Kraft für den Fortschritt. Der Arbeiter sei „aus den Tiefen der Barbarei zu den Höhen der Civilisation“ emporgeklommen, erklärte der „Vorwärts“.[18] Nicht der Nationalismus, nicht der Antisemitismus oder Militarismus waren die herausragenden Massenbewegungen im Kaiserreich, sondern der Sozialismus.[19] Er trug mit seinem frühen Kampf für das Frauenwahlrecht und für Frauenrechte wesentlich zur großen Emanzipationsbewegung der Frauen bei.

Überall entstanden Vereine: um die Armut zu bekämpfen, die Frauen zu befreien, Prostitution und Armut in die Schranken zu weisen, Hygiene und Gesundheit zu befördern – die Welt zu reformieren. Die Reformbewegung erwies sich als großer internationaler und transnationaler Aufbruch, und weltweit zeigte das reformerische Engagement die Stärke der Zivilgesellschaft.[20] Die

16 Vgl. Clemens Zimmermann, Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik. Die Reformbewegung in Deutschland 1845–1914, Göttingen 1991, S. 123ff.

17 Das Jahrhundert, in: Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, 31.12.1899.

18 Die Kultur der Massen, in: Vorwärts. Berliner Volksblatt, 31.12.1899, S. 1.

19 Vgl. Nonn (Anm. 4), S. 403.

20 Vgl. Daniel T. Rodgers, Atlantiküberquerungen. Die Politik der Sozialreform, 1870–1945, Stuttgart 2010.

Frauen bildeten einen entscheidenden Teil dieses Aufbruchs. Zwar waren sie noch weitgehend vom parlamentarischen Leben ausgeschlossen, jedoch wurden viele von ihnen zu Müttern des Sozialstaats, einer der wichtigsten Säulen der Demokratie. Zu diesen Pionierinnen gehörten etwa die Sozialdemokratin Marie Juchacz, die Liberale Alice Salomon oder die Katholikin Hedwig Dransfeld. 1894 schufen sich die bürgerlichen und progressiven Verbünde mit dem Bund Deutscher Frauenvereine einen Dachverband, dem in seinen Hochzeiten 500 000 bis eine Million Mitglieder angehörten. Er forderte schon ab 1902 das Frauenwahlrecht. 1904 wurde in Berlin der erste internationale Verband für das Frauenstimmrecht gegründet, die International Woman Suffrage Alliance.[21] Die anbrechende Emanzipation der Frauen war womöglich der größte Inklusionsprozess des Kaiserreichs.

SCHLUSS

Ein Blick auf die Reichsgründung kann die integrierende Kraft von Verfassung und von Nation verdeutlichen. Dabei ist es wichtig, die Inklusionsprozesse nicht ohne ihre Schattenseiten zu denken: Der Nationalismus wurde zumindest teilweise aggressiver und exklusiver, die Emanzipation der Frauen provozierte einen scharfen Antifeminismus, die Egalität der Bürger in den westlichen Staaten beförderte eine Missachtung der Menschen in den Kolonien. Und doch schuf – die durch eine Verfassung begründete – Nation die Voraussetzungen für Demokratisierungsprozesse, indem sie die Idee der Gleichheit und der Staatsbürgerschaft implementierte.

Die Aufbrüche waren internationale Phänomene: die Erweiterung des Wahlrechts auf nahezu alle Männer, die Frauenbewegung, der Wohlstandsanstieg für alle, der Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen um Gerechtigkeit, das Engagement für sozialstaatliche Absicherungen. Das Kaiserreich mit allen seinen Versprechungen und Aufbrüchen war kein Sonderfall, sondern recht gewöhnlich. Diese Einsicht macht seine Geschichte weniger exotisch, aber dafür umso interessanter. Sie verspricht bessere Erkenntnisse über eine Geschichte, die gerade auch im Zeitalter des Nationalismus über die Grenzen hinausging und die erste Globalisierung hervorbrachte.

HEDWIG RICHTER
ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr München.
hedwig.richter@unibw.de

21 Vgl. Angelika Schaser, Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933, Darmstadt 2020, S. 11; Magdalena Gehring, Vorbild, Inspiration oder Abgrenzung? Die Amerikarezeption in der deutschen Frauenbewegung im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M.–New York 2020, S. 174 ff.

Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf Twitter:
@apuz_bpb

VERSAILLES UND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KRIEG VON 1870/71

Ulrich Pfeil

Für den Januar 2021 planen der Deutsche Bundestag und die Französische Nationalversammlung ein gemeinsames Treffen im Schloss von Versailles, 150 Jahre nach der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches. Während die Deutschen mit der Reichsgründung der Welt zu verstehen gegeben hatten, dass mit der Einheit nun ein alternativloser Weg zu seinem glücklichen Ende gekommen sei, hatte Frankreich seine dominierende politische Stellung in Europa und den Glauben an sich selbst verloren. Versailles galt fortan als Ort der französischen Demütigung und entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zum Kristallisationspunkt für die deutsch-französische „Erbfeindschaft“,[01] die weitere Waffengänge unausweichlich zu machen schien.

Heute wird der Deutsch-Französische Krieg oftmals als „vergessener Konflikt“ bezeichnet, dominieren die Erinnerung in Deutschland und Frankreich doch die Kriege des 20. Jahrhunderts. Nichtsdestotrotz finden sich in beiden Ländern zahlreiche Spuren dieses ersten industriellen Krieges,[02] in Frankreich mehr als in Deutschland. Die großen Schlachten fanden auf französischem Territorium statt; die Mehrzahl der rund 139 000 getöteten französischen Soldaten und viele der 50 000 ums Leben gekommenen deutschen Leidensgenossen ruhen auf Friedhöfen westlich des Rheins. Hinzu kamen über 500 000 französische Kriegsgefangene, von denen 18 000 in deutschen Lagern starben. Die Menschen im französischen Territorium nördlich der Loire bekamen die Härten eines Besatzungsregimes zu spüren. Als Faustpfand für die Erfüllung der Reparationszahlungen blieben Departements im Norden und Osten Frankreichs auch nach dem Frieden von Frankfurt (10. Mai 1871) besetzt; die letzten deutschen Truppen zogen erst im September 1873 ab.

Im Folgenden wird die Erinnerung an den Deutsch-Französischen Krieg in vergleichender Perspektive beleuchtet, jedoch auch nach Interaktionen zwischen den Erinnerungspraktiken in beiden Ländern gefragt. Unweigerlich kommt dem Schloss von Versailles eine zentrale Rolle zu, das ein deutsch-französischer Gradmesser für den konkurrierenden beziehungsweise geteilten Umgang mit der Vergangenheit in den letzten 150 Jahren war.

DEUTSCHLAND: ERINNERUNGSKONKURRENZ ZWISCHEN KRIEG UND REICHSPROKLAMATION

Der Sieg über Frankreich nahm in den ersten Jahren nach der Reichsgründung einen zentralen Platz in der deutschen Erinnerungskultur ein. Zwischen 1871 und 1898 erschienen ungefähr 7000 historische Arbeiten zum Deutsch-Französischen Krieg.[03] Parallel entstand eine Erinnerungslandschaft, zu der Sedan- (u. a. in Berlin-Wilmersdorf 1888, Kiel 1900) und Spichernstraßen gehörten, um an die Kapitulation der französischen Armee in den Ardennen beziehungsweise in der lothringischen Gemeinde an der heutigen deutsch-französischen Grenze zu erinnern. Nicht der Tag der Reichsgründung war zum Erinnerungstag geworden, hätte der 18. Januar doch zu sehr die preußische Dominanz und den obrigkeitsstaatlichen Charakter dieses Tages in den Mittelpunkt gerückt, sondern der Sedantag, der an jedem 2. September den Sieg des „Volkes in Waffen“ ins Gedächtnis der Deutschen zurückrief.[04]

Die Berliner Siegessäule mit der Siegesgöttin Viktoria wurde symbolträchtig zum dritten Jahrestag des Sieges in Sedan (1873) eingeweiht. Dieses erste Nationaldenkmal sollte an die drei Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71 erinnern, liest sich jedoch vor allem, nicht zuletzt durch das Mosaik von Anton von Werner, als Warnung vor der immerwährenden französischen Gefahr. In der Kontinuität der „Befreiungskriege“ gegen Napoleon positionierte er das

Reich in einer nationalhistorischen Perspektive als neue „Wacht am Rhein“ und fügte dem Konstrukt der „Erbfeindschaft“ einen weiteren Mosaikstein hinzu.[05]

Wie sich auch am Niederwalddenkmal ablesen lässt (1883), konkurrierte das Gedenken an den Sieg gegen Frankreich rasch mit der Erinnerung an die Reichseinigung (*Abbildung*). Sie kam zum einen in einer großen Anzahl von Bismarck-Türmen und -Säulen (240) zum Ausdruck, zum anderen in Denkmälern für Kaiser Wilhelm I., wie zum Beispiel im monumentalen Reiterstandbild am Deutschen Eck in Koblenz (1897). Symptomatisch waren auch die Erinnerungsarbeiten von Künstlern und Schriftstellern, so etwa der „Kaisermarsch“ von Richard Wagner („… Als mit Dir wir Frankreich schlugen! Feind zum Trutz, Freund zum Schutz! Allem Volk das Deutsche Reich, zu Heil und Nutz!“), der Blick von Gustav Freytag auf die Reichsgründung als Beginn einer neuen Ära oder das „Triumphlied“ (1871) von Johannes Brahms als Ausdruck des Wunsches nach nationaler Einheit.

Eine symbolische Wandlung vollzog sich auch in der Inszenierung des Sedantags nach 1890, der unter Wilhelm I. noch ein Ehrentag der Armee gewesen war. Unter dem neuen Kaiser Wilhelm II. ging der direkte Bezug zur siegreichen Schlacht zunehmend verloren; nationalistische Überheblichkeit, angriffslustiges Gebaren, imperiale Machtansprüche und ein Gefühl der militärischen Unbezwingbarkeit prägten nun die Feierlichkeiten, die ein Abbild der wilhelminischen Kultur waren.[06]

Gleichzeitig war nach der Jahrhundertwende festzustellen, dass die emotionale Aufladung des Deutsch-Französischen Krieges nachließ und die gesellschaftliche Mobilisierung für den Sedantag zunehmend abebbte. Die patriotischen Jubelszenen des Wilhelminismus verdeckten diese Entwicklung jedoch, genauso wie die Widerstände in den süddeutschen Regionen gegen die Feierlichkeiten am Sedantag, war doch der Argwohn gegenüber der preußischen Dominanz im Reich noch lange nicht verschwunden. Auch der „Kulturkampf“ gegen die Katholiken und die gesellschaftliche Ausgrenzung der Sozialdemokraten ließen große Bevölkerungsgruppen in mentaler Distanz zur offiziellen Erinnerungspolitik. Mögen auch die Bilder des Hurrapatriotismus bis heute den Blick dominieren, so war die Erinnerungslandschaft des Kaiserreichs doch heterogener als vielfach angenommen und einem permanenten Wandel unterworfen.

FRANKREICH: VERARBEITUNG MULTIPLER TRAUMATA

Wer sich heute an einen Essenstisch in Frankreich setzt, kann bisweilen den augenzwinkernd dahingesagten Satz hören „Noch ein Käse, den die Preußen uns nicht klauen“ (während der Besatzungsjahre im Ersten und Zweiten Weltkrieg erlebte der Satz eine Aktualisierung).[07] Wenn es stark regnet, benutzt auch die junge Generation, zumindest im Osten Frankreichs, noch die Redewendung „Ça tombe/pleut comme à Gravelotte“, in Erinnerung an die vielen gefallenen Soldaten und die „Stahlgewitter“ während der Schlacht von Gravelotte (16. bis 18. August 1870). Dass der Konflikt Eingang in die Alltagssprache erhalten hatte und die Erinnerung in vielen französischen Familien über Generationen wachgehalten wurde, war nicht nur Folge der multiplen Traumata, sondern auch die Konsequenz eines bislang nicht gekannten Einsatzes von Medien (Zeitungen, Bilder, Karikaturen usw.).

Da Front und Heimatfront in diesem Konflikt zusammengerückt und aufeinander bezogen waren,[08] kam den Medien einerseits die Funktion zu, das Zusammengehörigkeitsgefühl auf der eigenen Seite immer wieder neu zu konsolidieren, andererseits aber genauso, den Widerstand der gegnerischen Bevölkerung durch propagandistische

01 Vgl. François Roth, La guerre de 1870, Paris 2011.
02 Für eine militärhistorische Perspektive siehe Klaus-Jürgen Bremm, 70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen, Darmstadt 2019.
03 Vgl. David Wetzel, Duell der Giganten. Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870–1871, Paderborn 2005, S. 13.
04 Vgl. Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020, S. 55.
05 Vgl. Matthias Braun, Die Siegessäule, Berlin 2000.
06 Vgl. Jörg Koch, Von Helden und Opfern. Kulturgeschichte des deutschen Kriegsgedenkens, Darmstadt 2013, S. 51–64, hier S. 59.
07 Vgl. Étienne François, Den Käse kriegen sie nicht. Warum ist der Krieg von 1870/71 in Frankreich so viel bekannter als in Deutschland?, in: Zeit Geschichte 4/2020, S. 94ff.
08 Vgl. Alexander Seyferth, Die Heimatfront 1870/71. Wirtschaft und Gesellschaft im deutsch-französischen Krieg, Paderborn 2007.

Niederwalddenkmal, Rüdesheim, Hessen
© picture alliance/Schoening

Agitation zu brechen.[09] Auch in den Nachkriegsjahren blieb der Waffengang ständiges Thema: 330 Publikationen waren zwischen 1871 und 1873 dem Krieg gewidmet, also ein Werk alle drei Tage.[10]

Besonders schmerzhaft war für die Franzosen der Verlust von Elsass-Lothringen, dessen innere Verbundenheit mit Frankreich in großer medialer Vielfalt thematisiert wurde. Bis heute legendär sind die Abbildungen von der traurigen „Elsa" als Personifikation des Elsass' (oftmals in Ketten dargestellt), die von der nationalen Allegorie „Marianne" getröstet wird oder sich an einen französischen Soldaten klammert. Doch auch Autoren wie Maupassant, Zola und Flaubert thematisierten die Besetzung und Annexion der beiden Provinzen. Sie zeichnen mit bisweilen rassistischen Anklängen das „Bild vom hässlichen brutalen Sieger",[11] der sich durch Inhumanität und unzivilisiertes Verhalten auszeichnet und – im Gegensatz zum französischen Soldaten – seiner Individualität beraubt ist. Sie schufen mit ihren Beschreibungen ein Arsenal von Stereotypen im kollektiven Bewusstsein Frankreichs, die bis 1914 (und darüber hinaus) immer wieder gegen den „Erbfeind" mobilisiert werden konnten.

Dass Elsass-Lothringen unrechtmäßig annektiert worden sei und von der jungen Generation zurückgewonnen werden müsse, wurde den Schülern vor allem in den französischen Grundschulen vermittelt. Neben anderen Lehr- und Lesebüchern ist hier das von Augustine Fouillée (Pseudonym: G. Bruno) 1877 verfasste Werk „Le Tour de la France par deux enfants" zu nennen, das die jungen Franzosen an die Verbundenheit der beiden verloren gegangenen Provinzen mit dem Mutterland erinnern sollte. In dem Buch beginnen die beiden Kinder (Allegorie für Elsass und Lothringen) ihre Frankreichrundfahrt im lothringischen Phalsbourg, bei der sie die historischen, geografischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen Frankreichs kennenlernen. Das Buch prägte Generationen, erfuhr es doch bis

09 Vgl. Mareike König/Élise Julien, Verfeindung und Verflechtung. Deutschland und Frankreich 1870–1918, Deutsch-Französische Geschichte, Bd. 7, Darmstadt 2019, S. 17 ff.
10 Vgl. Nicolas Bourguinat/Gilles Vogt, La guerre franco-allemande de 1870. Une histoire globale, Paris 2020, S. 347.
11 Karl Heinz Bohrer, Kein Wille zur Macht, München 2020, S. 31.

1914 eine Auflage von 7,4 Millionen Exemplaren und wurde im Unterricht bis in die 1950er Jahre eingesetzt.[12] Die Historiker Nicolas Bourguinat und Gilles Vogt verweisen jedoch auch darauf, dass die Erinnerung an die verlorenen Provinzen nicht zugleich ein Aufruf zu einem neuen Krieg war, wurde der Waffengang von 1870/71 in den Schulbüchern doch auch als der zerstörerischste Konflikt seit dem Hundertjährigen Krieg (1337 bis 1453) dargestellt.[13]

So verwirft auch die heutige Forschung die These, dass der französische Revanchegedanke bis 1914 wachgehalten wurde und maßgeblich zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs beigetragen habe. Nur eine kleine nationalistische Minderheit der Franzosen habe in einen neuen Krieg ziehen wollen, während sich die große Mehrheit zunehmend und stillschweigend in den Verlust von Elsass-Lothringen gefügt habe (Léon Gambetta: „Immer daran denken, nie davon sprechen"). Die mit der Niederlage einhergehenden Konsequenzen wurden zwar als eine tiefe patriotische Wunde empfunden, aber der Rückgewinn dieser Provinzen wurde in eine ferne Zukunft verschoben. Der folgende Satz des sozialistischen Politikers Jean Jaurès trifft dieses Denken sehr zutreffend: „Weder Krieg noch Verzicht".[14]

Die Differenzierung des Revanchegedankens geht mit der Beobachtung einher, dass das blutige Ende des Zweiten Kaiserreichs und der Beginn der Dritten Französischen Republik, die zwei Tage nach der Niederlage in Sedan ausgerufen worden war, die französische Gesellschaft auf Jahre spalten sollte. Parallel zu den Friedensverhandlungen brach am 18. März 1871 die Pariser Kommune aus, bei der sich die bürgerliche Regierung den revolutionären Forderungen von Sozialrevolutionären und Sozialisten gegenübersah. Regierungstruppen rangen im Mai 1871 schließlich die „Communards" in verlustreichen Straßenkämpfen nieder. Über 20 000 Kommunarden wurden erschossen, über 10 000 kamen ins Gefängnis oder wurden zu Zwangsarbeit in den Überseeterritorien verurteilt.[15] Der Aufstand und seine Niederschlagung vertieften die Gräben weiter, zwischen Katholiken und Laizisten, zwischen Republikanern, Monarchisten und Bonapartisten sowie zwischen dem proletarischen Paris und der konservativen Provinz.[16] Aufstand und Niederlage konkurrierten in der Erinnerung und ließen weite Teile der französischen Gesellschaft in einer kollektiven Schuld, die in den folgenden Jahren durch nationalistische Akte und Gesten wieder ausgetrieben werden sollte.

Die wechselseitige Perzeption reduzierte sich nach 1871 jedoch nicht auf Stereotype und Hasstiraden. Die durch die Besatzung erfolgte Nähe und die daraus entstandene Möglichkeit zur Beobachtung bewogen nicht wenige Franzosen, vom Gegner lernen zu wollen.[17] Sie konnten sich dabei auf den Chemiker und Biologen Louis Pasteur berufen, für den „das Unglück des Landes in so schmerzlicher Weise mit der Schwäche unserer wissenschaftlichen Organisation" zusammenhing.[18] So war das deutsche Hochschulwesen ein bevorzugtes Ziel von Bildungsreisen, die zwar persönliche Beziehungen über den Rhein hinweg ermöglichten, doch erwuchs die Lernbereitschaft in der Regel aus der Entschlossenheit, bei einer möglichen neuen Auseinandersetzung auf der Siegesseite zu stehen.

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH: VON GETEILTEM LEID UND GEMEINSAMER TRAUER

Der Krieg durch das Prisma der militärischen und propagandistischen Mobilisierung verstärkt das Bild vom deutsch-französischen Antagonismus, der Fokus auf die Trauer in beiden Gesellschaften lenkt den Blick hingegen eher auf die gemeinsamen Wunden. Die Zahl der Kriegstoten gibt einen Hinweis auf die Dimension der beidseitigen Verluste, während uns die Beschäftigung mit den Ritualen, Symbolen und Denkmälern einen Ein-

12 Vgl. Hartmut Stenzel, Le tabou de la défaite. „Le Tour de la France par deux enfants" et le discours identitaire sous la Troisième République, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Mythes et tabous des relations franco-allemandes au XX^{e} siècle, Bern 2012, S. 7–20.

13 Vgl. Bourguinat/Vogt (Anm. 10), S. 396f.

14 La Dépêche de Toulouse, 31. Dezember 1887, zit. nach Bertrand Joly, La France et la revanche (1871–1914), in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 2/1999, S. 325–347, hier S. 335.

15 Vgl. zum Verhältnis von Krieg und Kommune: Pierre Milza, L'année terrible, 2 Bde., Paris 2009.

16 Vgl. Michael Epkenhans, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/1871, Stuttgart 2020, S. 144.

17 Vgl. Claude Digeon, La crise allemande de la pensée française (1870–1914), Paris 1959; Martin Aust/Daniel Schönflug (Hrsg.), Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 2007.

18 Louis Pasteur, Quelques réflexions sur la science en France, Paris 1871, S. 205.

druck von der Verarbeitung der Kriegstrauer bietet. Angesichts der neuen Massenheere (Frankreich 900 000 Soldaten, Deutschland 1 200 000) und der bisher nicht gekannten Feuerkraft der Waffen ließ sich u. a. ein Wandel im Umgang mit den Toten beobachten. Wurden sie in früheren Epochen zumeist auf den Schlachtfeldern zurückgelassen oder notdürftig verscharrt, bemühten sich die Familien angesichts des Massensterbens auf beiden Seiten, die sterblichen Überreste in die Heimat zurückzuholen und sie würdig zu begraben.

Anerkennung wurde nun nicht mehr nur den furchtlosen Armeen entgegengebracht, sondern auch dem toten Individuum – und nicht nur den Offizieren. Für die Überlebenden wurde es zur patriotischen Pflicht, den Gefallenen wie auf dem Kriegerdenkmal in Hamburg-Rotherbaum zu gedenken: „Den tapferen Soehnen die dankbare Vaterstadt. 1870–1871". Diese Form heroischer Sinnstiftung fiel der deutschen Seite angesichts des Sieges zwangsläufig leichter, blieb den französischen Kommunen doch nur der patriotische Dank für den geleisteten Opfergang.

Die offizielle Geschichtspolitik des Kaiserreichs kannte nur die siegreichen Helden. Ausgeblendet blieben die Schrecken des Krieges wie das Leid beziehungsweise die Traumata der Invaliden, Überlebenden und Hinterbliebenen.[19] Während die Deutschen den Schmerz verdrängten, wurde auf französischer Seite der Erinnerung der Kriegsgefangenen kein Platz gegeben, symbolisierten sie doch die demütigende Niederlage einer befleckten Nation.[20]

Legt der Vergleich die These von gemeinsamen Schicksalen nahe, so bietet die neu definierte deutsch-französische Grenzregion ein vielfältiges Bild wechselseitiger Bezogenheiten.[21] So dienten die Denkmäler zur Erinnerung an die gefallenen Soldaten und die siegreichen Schlachten im neuen Reichsland Elsass-Lothringen nicht zuletzt dazu, die neuen Territorien auch symbolisch mit dem Reich zu vereinigen. Die Franzosen errichteten ihrerseits Denkmäler in Mars-la-Tour, einem kleinen Grenzort im französischen Lothringen, in dem nicht nur den französischen Gefallenen gedacht wurde, sondern wo die 1906 errichtete Statue für die Nationalheilige Jeanne d'Arc auch die Zugehörigkeit des Dorfes zu Frankreich bekräftigen sollte. Hierher kamen nach 1871 auch Personen aus dem deutschen Teil Lothringens, die in patriotischem Geist mit ihren ehemaligen Landsleuten den Toten des Krieges gedachten.

Die Verarbeitung der Trauer machte Elsass-Lothringen zu einem Kontaktraum, wie auch die 1887 gegründete Gesellschaft „Le Souvenir français" dokumentiert. Als eine französische Form der Kriegsgräberfürsorge wurde ihr im Reichsland erlaubt, lokale Abteilungen zu bilden, sich um die französischen Gräber zu kümmern und Denkmäler für die verstorbenen Soldaten zu errichten. Als die Gesellschaft jedoch in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg subversiv antideutsche Ressentiments schürte, verboten die deutschen Behörden ihre Aktivitäten im Reichsland.[22] Nachdem es in den 1890er Jahren und vor allem aus Anlass der 25-Jahrfeier des Krieges (1895) noch zu gemeinsamen deutsch-französisch-elsässischen Gedenkfeiern gekommen war, die Hoffnungen auf eine mentale Abrüstung in der Grenzregion schürten,[23] spitzte sich der deutsch-französische Antagonismus nach der Jahrhundertwende zu, sodass auch Geschichte und Erinnerung wieder zu schärferen Waffen wurden.

VERSAILLES 1870/71: AUFTAKT ZUR DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN „ERBFEINDSCHAFT" IM 20. JAHRHUNDERT?

„Die triumphalen Tage in Versailles in diesem Sommer [1919] können nicht nur als Lösegeld betrachtet werden, sondern auch als eine entfernte Folge der Ereignisse, die dort 1870, in den traurigen Monaten der preußischen Besatzung, stattfanden."[24]

Diese Worte des französischen Historikers Albert Pingaud von 1919 verweisen auf den Grad der Demütigung, welche die Kaiserkrönung im Spiegelsaal von Versailles 1871 bei den Franzosen hinterlassen hatte. Die Zahl vergleichbarer Zitate ist Legion, sodass es heute

19 Vgl. Tobias Arand, 1870/1871. Die Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges erzählt in Einzelschicksalen, Hamburg 2019[3], S. 647.

20 Vgl. Odile Roynette, 500 000 prisonniers, in: L'Histoire 3/2020, S. 54–57.

21 Vgl. dazu auch Christoph Jahr, Blut und Eisen. Wie Preußen Deutschland erzwang, München 2020, S. 276 ff.

22 Vgl. Bourguinat/Vogt (Anm. 10), S. 380 f.

23 Vgl. König/Julien (Anm. 9), S. 246.

24 Albert Pingaud, Versailles en 1870–1871, in: Revue des Deux Mondes 4/1919, S. 917–934, hier S. 934.

seltsam anmutet, zu lesen, dass auf deutscher Seite vor allem pragmatische Gründe den Ausschlag bei der Wahl des Ortes gegeben hätten.[25] Es ist historisch richtig, dass sich das Hauptquartier der deutschen Armeen seit Oktober 1870 in dem Schloss befunden hatte und, so der Historiker Michael Epkenhans, „eine Zeremonie in Berlin, fernab vom militärischen Geschehen, nicht opportun" gewesen sei,[26] weil die Kampfhandlungen noch andauerten und die Beschießung von Paris gerade begonnen hatte. Von Zufälligkeiten bei Ort und Tag zu sprechen, scheint jedoch abwegig, war der 18. Januar doch zugleich der 150. Jahrestag der Krönung von Friedrich I. zum König in Preußen (1701), ein Datum, das in historischer Perspektive den Beginn des Aufstiegs Preußens zu einer europäischen Großmacht markiert.

Den verantwortlichen Politikern auf deutscher Seite war Symbolik nicht fremd, sodass sie die Bedeutung des Schlosses von Ludwig XIV. nur schwerlich ignorieren konnten: „Es ist die monumentale und ornamentale Darstellung seiner Persönlichkeit, seiner Auffassung von königlicher Macht und damit auch seines Strebens nach einem mächtigen Frankreich."[27] Der französische Historiker Jacques Bariéty sieht im Schloss von Versailles zum damaligen Zeitpunkt einen „der heiligsten Orte im Geschichtsbewusstsein Frankreichs",[28] nicht zuletzt, weil die große Mehrheit der Franzosen mit dem Schloss immer noch den Glanz einer vergangenen Epoche verband. Dass die durchdachte Inszenierung der Kaiserproklamation „viel Ähnlichkeit mit den Kaisererhebungen vergangener Jahrhunderte" hatte,[29] verstärkt den Eindruck von einer „Instinktlosigkeit ohnegleichen".[30]

Dass die Symbolik der „Machtdemonstration gegenüber Frankreich" diente,[31] verdeutlichte auch die Siegesparade auf den Champs-Elysées am 1. März 1871 sowie der Einzug deutscher Truppen mit dem Kaiser an der Spitze am 16. Juni 1871 durch das Brandenburger Tor, fast auf den Tag genau 56 Jahre nach der Niederlage von Napoleon I. bei Waterloo (18. Juni 1815). Die Franzosen sahen sich ein weiteres Mal in dem Eindruck bestätigt, dass die Deutschen nachträglich auch die Niederlagen gegen den Sonnenkönig und Napoleon I. austilgen wollten. Für nicht wenige preußische Protestanten war es zudem ein später Sieg gegen den katholischen König Ludwig XIV., der durch den Widerruf des Edikts von Nantes (1685) Tausende von Hugenotten zur Flucht ins Ausland, nicht zuletzt nach Preußen gezwungen hatte.[32]

Presse und Öffentlichkeit in Deutschland hatten die Wahl von Versailles mit patriotischer Befriedigung begleitet, doch war der Jubel nach der Kapitulation von Paris einige Tage später und dem abzusehenden Kriegsende spürbar stärker. So entwickelte sich das Schloss auch nicht zu einem Wallfahrtsort des deutschen Nationalismus, blieb Versailles doch – nicht zuletzt „wegen seiner Lage außerhalb des deutschsprachigen Raums" – ein „immaterieller, trockener Begriff".[33] Erst die erinnerungspolitischen Anstrengungen des Kaiserreichs, nicht zuletzt das Gemälde der Kaiserkrönung von Anton von Werner, begründeten einen Gründungsmythos des Kaiserreichs, der auf der Überlegenheit des Militärs und der deutschen Kultur gegenüber Frankreich im Allgemeinen beruhte.

VERSAILLES 1919: EINE VERTANE CHANCE

„Der Sieger von 1871 war der Besiegte von 1919, und Versailles annullierte Frankfurt, beseitigte aber gleichzeitig das 1871 an gleicher Stelle geschaffene Reich."[34]

25 Vgl. Hagen Schulze, Versailles, in: Étienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München 2020[4], S. 407–421, hier S. 410.

26 Epkenhans (Anm. 16), S. 120.

27 Jean-Claude Allain, Das Schloß von Versailles, in: Horst Möller/Jacques Morizet (Hrsg.), Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte, München 1996, S. 59–77, hier S. 60.

28 Jacques Bariéty, Das Deutsche Reich im französischen Urteil, in: Klaus Hildebrand (Hrsg.), Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945), München 1995, S. 203–218, hier S. 204.

29 Epkenhans (Anm. 16), S. 121.

30 Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt/M. 1997, S. 19.

31 „Dieser Krieg hat die Machtverhältnisse umgekehrt". Interview mit Andreas Wirsching, 25.6.2020, www.deutschlandfunk.de/deutsch-franzoesischer-krieg-vor-150-jahren-dieser-krieg.694.de.html?dram:article_id=479289.

32 Vgl. Tillmann Bendikowski, 1870/71. Der Mythos von der deutschen Einheit, München 2020, S. 351.

33 Allain (Anm. 27), S. 64.

34 Ebd., S. 65.

Wie 1871 ließen sich für die Wahl des Ortes auch 1919 pragmatische Gründe anführen, residierte doch der Conseil Supérieur de la Guerre bereits seit November 1917 im Schloss. Dass es sich jedoch um eine „zweifache Revanche" handelte, wie es oben Jean-Claude Allain andeutet, belegen unzählige Aussagen von französischen Politikern aus dieser Zeit. Welche Bedeutung auch hier wieder der Symbolik zukam, verdeutlicht der Friedensschluss am 28. Juni 1919. Eckart Conze konstatiert, dass der deutschen Delegation im Vorfeld der Unterzeichnung des Versailler Vertrags „nichts erspart blieb",[35] ging es der französischen Seite doch nicht nur um eine Entschädigung für die Kriegszerstörungen, sondern auch um Vergeltung, den Beweis für die wiedergewonnene Ehre und die moralische Legitimation für den Kriegsschuldparagrafen. So ging der Krieg mit dem Friedensschluss nicht zu Ende, sondern schürte die deutsch-französischen Gegensätze weiter und belastete die Innenpolitik der jungen Weimarer Republik. Es gehörte zum Konsens zwischen allen Parteien in Deutschland, dass mit der Erinnerung an Versailles die Revision des Vertrages einherzugehen habe. Der Kampf gegen „Diktat" und „Kriegsschuldlüge" ließ wenig Platz für eine selbstkritische Herangehensweise zur eigenen Rolle vor und nach dem Kriegsausbruch. Auch wenn es im Kontext der Verträge von Locarno (1925) zu einer deutsch-französischen Annäherung kam, blieb die politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Mobilisierung gegen den Vertrag ein Kontinuum der deutschen Außenpolitik.[36]

In diese Kontinuität stellte sich auch Adolf Hitler, doch verbarg er hinter den revisionistischen Forderungen weitergehende expansionistische Bestrebungen, sodass er nach dem Sieg über Frankreich 1940 mit dem erinnerungspolitischen „Versailles-Ping-Pong" brach. Er ließ am 22. Juni 1940 jenen Eisenbahnwaggon aus dem Museum holen, in dem die Deutschen 1918 in Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnen mussten. Damit wurde die deutsch-französische „Erbfeindschaft" durch einen weiteren Erinnerungsort „bereichert".

35 Eckart Conze, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018, S. 9.

36 Vgl. Gerd Krumeich, Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik, Freiburg/Br. 2018.

VERSAILLES 2003: SYMBOLISCHE ÜBERSCHREIBUNG DER „ERBFEINDSCHAFT"

Es gehört zur Geschichte der deutsch-französischen Verständigung nach 1945, dass Erinnerungsorte der deutsch-französischen „Erbfeindschaft" mit freundschaftlichen Gesten bzw. Bildern überschrieben wurden.[37] Nachdem Konrad Adenauer und Charles de Gaulle im Juli 1962 eine feierliche Messe in der Kathedrale von Reims abgehalten hatten, um die Versöhnung zwischen beiden Völkern zu „besiegeln", wurde der 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages 2003 genutzt, um nun auch Versailles zu einem Symbol der deutsch-französischen Freundschaft zu machen. Anlass war jedoch weder der Deutsch-Französische Krieg noch die Kaiserproklamation im Spiegelsaal, sondern ein runder Geburtstag des Vertrags „über die deutsch-französische Zusammenarbeit" aus dem Jahre 1963. So saßen am 22. Januar 2003 ca. 900 Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich im Versailler Schloss „bunt gemischt durcheinander" und lauschten den feierlichen Reden.[38] Während sich der französische Parlamentspräsident Jean-Louis Debré ganz auf die Zeit nach 1945 konzentrierte,[39] wich der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse dem Rückblick auf die schmerzvolle Vergangenheit nicht völlig aus, um dann aber schnell zur „festen Freundschaft" und der Kooperation zwischen beiden Ländern zu kommen.[40] Der französische Staatspräsident Jacques Chirac scheute hingegen nicht die schmerzhafte Retrospektive: „Versailles markierte zweimal sowohl den Epilog als auch den Auftakt zu unseren brudermörderischen Kämpfen. Im Spiegelsaal, nur wenige Schritte von uns entfernt, sollten die Proklamation des Deutschen Reiches und ihre Folgen die französische Gesellschaft ein halbes Jahrhundert lang heimsuchen. Versailles, und wieder der Spiegelsaal, wo die Be-

37 Vgl. Simone Derix, Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Göttingen 2009, S. 138.

38 „In einer Schicksalsgemeinschaft verbunden". Festakt im Schloss von Versailles, 22. 1. 2003, www.spiegel.de/politik/ausland/a-231909.html.

39 Discours de Monsieur Jean-Louis Debré, Président de l'Assemblée nationale, 22. 1. 2003, www.assemblee-nationale.fr/12/dossiers/assemblee-bundestag-discours.asp.

40 Wolfgang Thierse, Rede zum deutsch-französischen Parlamentstreffen, 22. 1. 2003, www.thierse.de/reden-und-texte/reden/rede-deutsch-franzoesisches-parlamentstreffen.

dingungen, die Deutschland nach 1918 auferlegt wurden, Erniedrigung und Unfrieden über den Rhein verursachten."[41]

Bundeskanzler Gerhard Schröder wollte Versailles nicht auf 1871 und 1919 reduzieren und fügte eine weitere Erinnerungsschicht hinzu, um den Ort zu einem Symbol für gemeinsame Politik in Gegenwart und Zukunft zu machen: „Aber Versailles ist eben auch der Ort, der auf immer mit der Verkündung der allgemeinen Menschenrechte im Jahre 1789 verbunden bleiben wird. An jenen großen Augenblick der Geschichte knüpfen wir heute an."[42]

Die vier Redner unternahmen mit unterschiedlichen Akzentuierungen den Versuch, Versailles als Ort der doppelten Erinnerung – Symbol einer zweifachen Demütigung und Quelle des Hasses – in einen positiven Ort der überwundenen „Erbfeindschaft" umzuwidmen.[43] Dabei gehört es zu den Praktiken der deutsch-französischen Kooperation, dass eine solche Geschichtspolitik durch eine Aufarbeitung der Geschichte „von unten" ergänzt wird, um „dialogisches Erinnern" (Aleida Assmann) zu vertiefen. So erschien auf Initiative des im Januar 2003 versammelten deutsch-französische Jugendparlaments ab 2006 das deutsch-französische Schulgeschichtsbuch, das sich gerade auch um eine multiperspektivische Herangehensweise an Versailles und den Deutsch-Französischen Krieg bemüht.

SCHLUSS

Versailles spiegelt wie vielleicht kein anderer Ort die Konjunkturen der deutsch-französischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert. Es oszilliert zwischen dem Konstrukt der „Erbfeindschaft" und ihrer Überwindung. Versuchten Deutsche und Franzosen bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, durch symbolisches Überschreiben historische Niederlagen auszulöschen, steht das Schloss heute für die gemeinsamen Anstrengungen von Politikern, Historikern und Geschichtslehrern, die Annäherung spürbar und anschaulich zu machen, aber auch die wechselvolle Geschichte der beiden Nationen gemeinsam aufarbeiten zu wollen. So ist es heute möglich, dass der Kriegsverlierer von damals den Sieger von 1870/71 nach Versailles einlädt.

Wie fruchtbar diese Transnationalisierung von Erinnerung und Geschichtsschreibung weiterhin ist, zeigt sich seit 2014 auch im „Museum des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 und der Annexionszeit" in Gravelotte bei Metz. Es reiht sich in die Liste der Museen ein, die wie das Historial de la Grande Guerre in Péronne (1992), das wiedereröffnete Mémorial de Verdun (2016) und das Historial franco-allemand du Hartmannswillerkopf (2017) die großen Konflikte des 20. Jahrhunderts in einer multiperspektivischen Gesamtschau präsentieren wollen. In dieser Dichte sind sie in Europa einzigartig und dienen als historische Lernorte für Versöhnungsprozesse zwischen ehemals verfeindeten Nationen. Sie befinden sich in Grenzregionen, die in der Vergangenheit schon „so oft unseren europäischen Herzschmerz verkörpert" haben,[44] mittlerweile aber – wie Lothringen – wichtige Kontakt- und Erfahrungsräume von Versöhnung und Kooperation darstellen. Ihre besondere historische Bedeutung sollte gerade in Corona-Zeiten nicht aus dem Auge verloren werden, sind doch Grenzen stets sensible Seismografen für den Zustand bilateraler Beziehungen.

41 Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République française, 22.1.2003, www.assemblee-nationale.fr/12/dossiers/assemblee-bundestag-4.asp#chirac.

42 Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages in Versailles, 23.1.2003; https://gerhard-schroeder.de/2003/01/23/40-jahrestag-elysee-vertrag.

43 Vgl. Robert Frank, Le traité de l'Élysée: un lieu de mémoire franco-allemand?, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), La France, l'Allemagne et le traité de l'Élysée, 1963–2013, Paris 2012, S. 397–413; Corine Defrance, Die Meistererzählung von der deutsch-französischen „Versöhnung", in: APuZ 1–3/2013, S. 16–22.

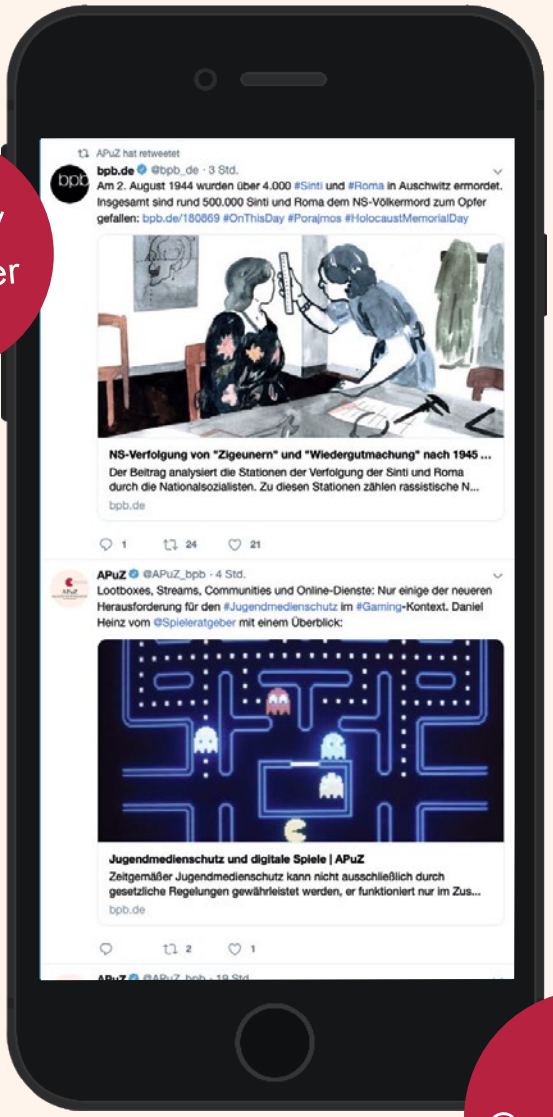
44 Philippe Marque, Gravelotte, „symbole de réconciliation entre France et Allemagne", 31.8.2020, www.republicain-lorrain.fr/societe/2020/08/30/gravelotte-symbole-de-reconciliation-entre-france-et-allemagne.

ULRICH PFEIL
ist Professor für Deutschlandstudien an der Université de Lorraine (CEGIL-Metz).
ulrich.pfeil@univ-lorraine.fr

Immer informiert.

Bestellen Sie den APuZ-Newsletter
oder folgen Sie uns auf Twitter!

bpb.de/
newsletter



@apuz_bpb

Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Dezember 2020

REDAKTION
Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne-Sophie Friedel
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen, mit Ausnahme des Beitrags von Siegfried Weichlein, unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
3–4/2021, 18. Januar 2021
WISSEN

bpb:

APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz